



Ulrich Menzel

***Professor oder Regierungsrat?
Hitlers Einbürgerung in Braunschweig 1932
als Weichenstellung zur Machtergreifung***

14.02.2014

Fragestellungen

- 1) Warum wurde Hitler 1932 in Braunschweig eingebürgert?
- 2) Warum zog sich der Vorgang mindestens drei Monate hin?
- 3) Welche Konsequenzen hatte die Einbürgerung für Hitlers politische Karriere (und für Deutschlands Tragödie)?
- 4) Hat sich Hitler gegenüber Braunschweig (bzw. der Region) erkenntlich gezeigt?
- 5) Welche Rolle spielte die Einbürgerung in der politischen Aufarbeitung nach 1945?

Hypothesen

Weil alle früheren Versuche gescheitert sind.

Weil die Zeit wegen der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl drängte

Weil nur in Braunschweig wegen der Regierungsbeteiligung der NSDAP die Möglichkeit bestand.

Weil anlässlich der Einbürgerung das Pokerspiel des Jahres 1932 um die Macht in Deutschland begann.

Weil Hitler das Scheitern der Einbürgerung, die öffentliche Diskussion seiner Staatenlosigkeit und das aus einer Wahlniederlage resultierende Dilemma fürchtete.

Weil es Widerstand auf Seiten der bürgerlichen Steigbügelhalter gab.

Weil in Braunschweig anlässlich der Einbürgerung lokale Machtkämpfe ausgetragen wurden und persönliche Interessen zu bedienen waren.

Die Einbürgerung hat Hitlers Karriere einen großen Popularitätsschub verliehen und so die Weiche zur Machtergreifung der NSDAP gestellt.

In der NS-Zeit hat die Region Braunschweig einen außerordentlichen Modernisierungsschub erfahren, der z.T. auf Hitler persönlich zurückgeht.

Hitler hat in den Braunschweiger Machtkämpfen als Schlichter gewirkt und seine Steigbügelhalter geschützt.

Die Verantwortung für die Einbürgerung war wesentlicher Gegenstand der Entnazifizierungsverfahren.

Die alten Konflikte wurden nach 1945 bis in die zweite Generation fortgesetzt.

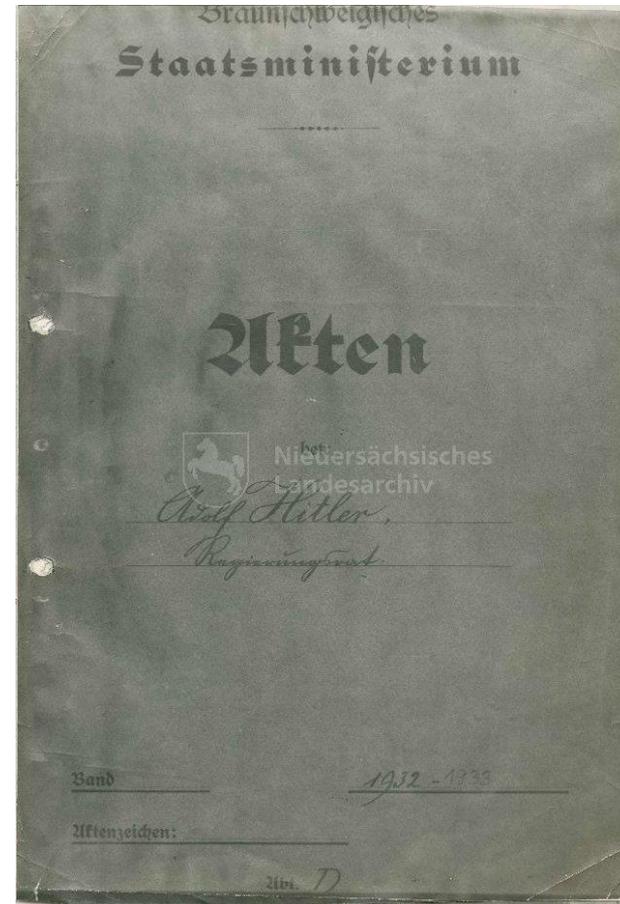
Inhalt

1. Die Quellen
2. Der Anlass: Die Reichspräsidentenwahl am 13.03.1932
3. Die Vorgeschichte 1924 – 1931
4. Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932
5. Hitler als Regierungsrat 1932 - 1933
6. Der Aufstieg der NSDAP
7. Hitler schlichtet die Braunschweiger Machtkämpfe
8. Die Modernisierung der Region Braunschweig während der NS-Zeit
9. Entnazifizierungsverfahren und politische Aufarbeitung

Die Quellen

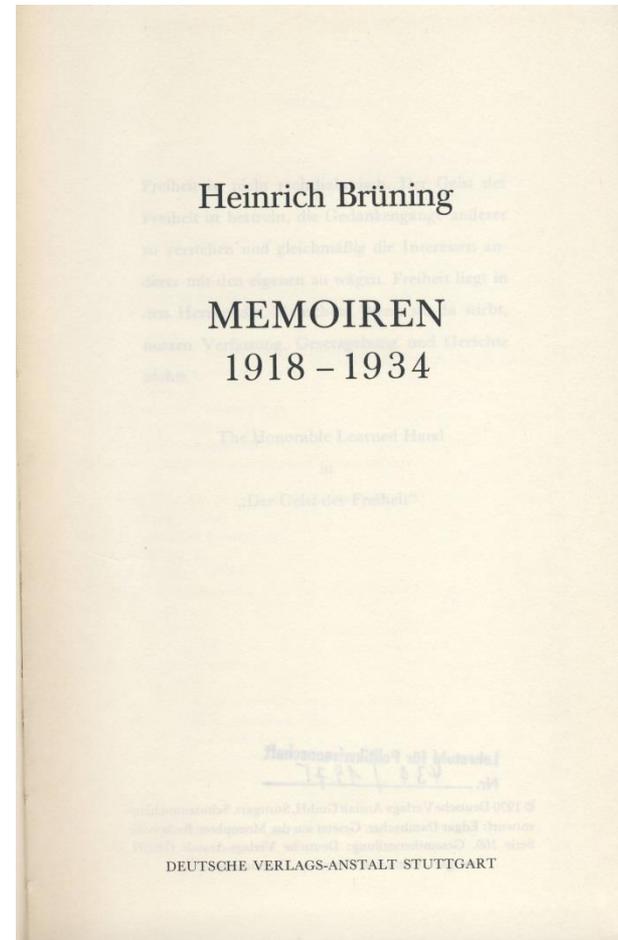
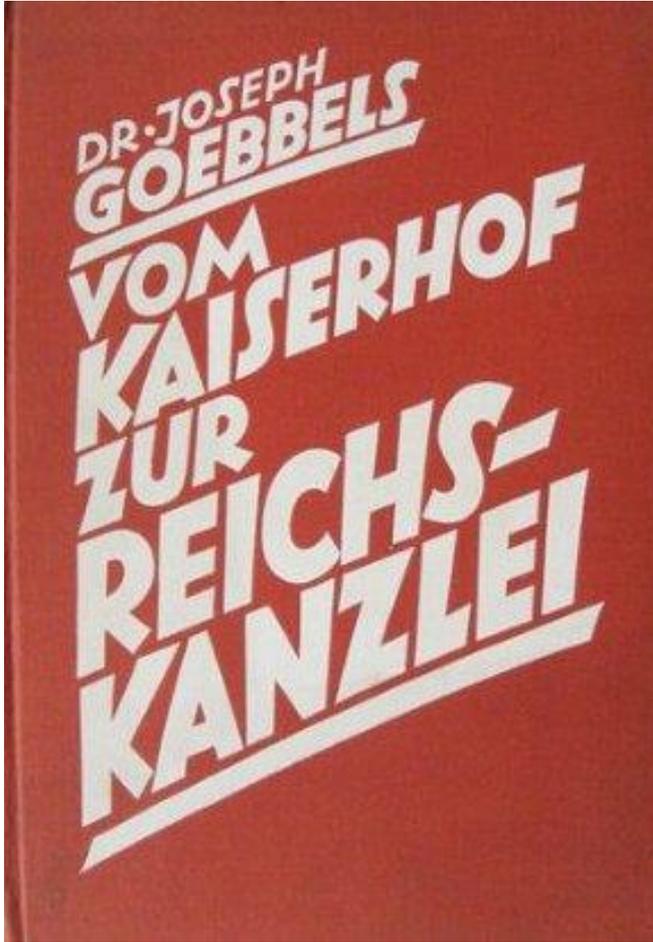


Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel
12 Neu Fb 7 III. Nr.235 b/3

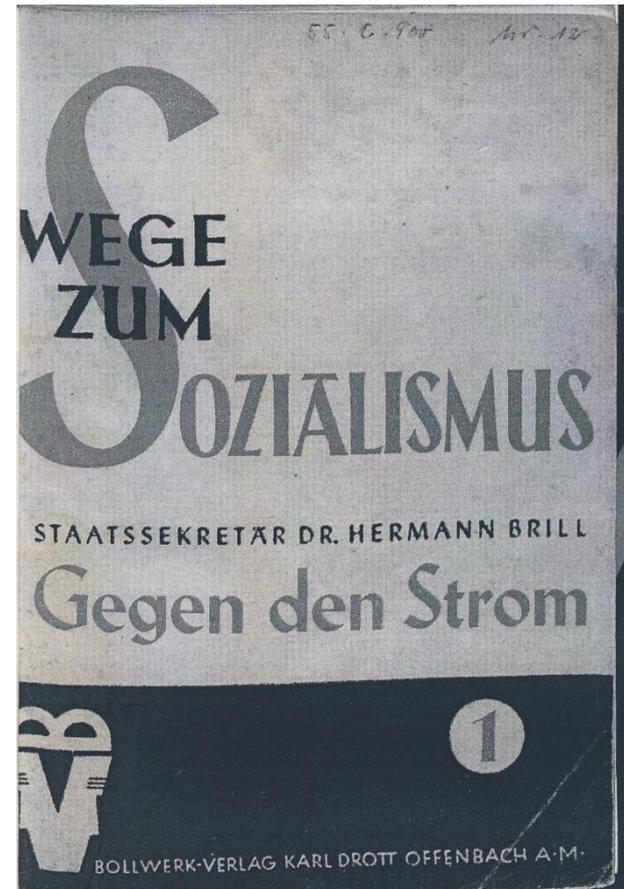


Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel
12 A Neu Fb 7, Nachtrag III. Nr.235 a

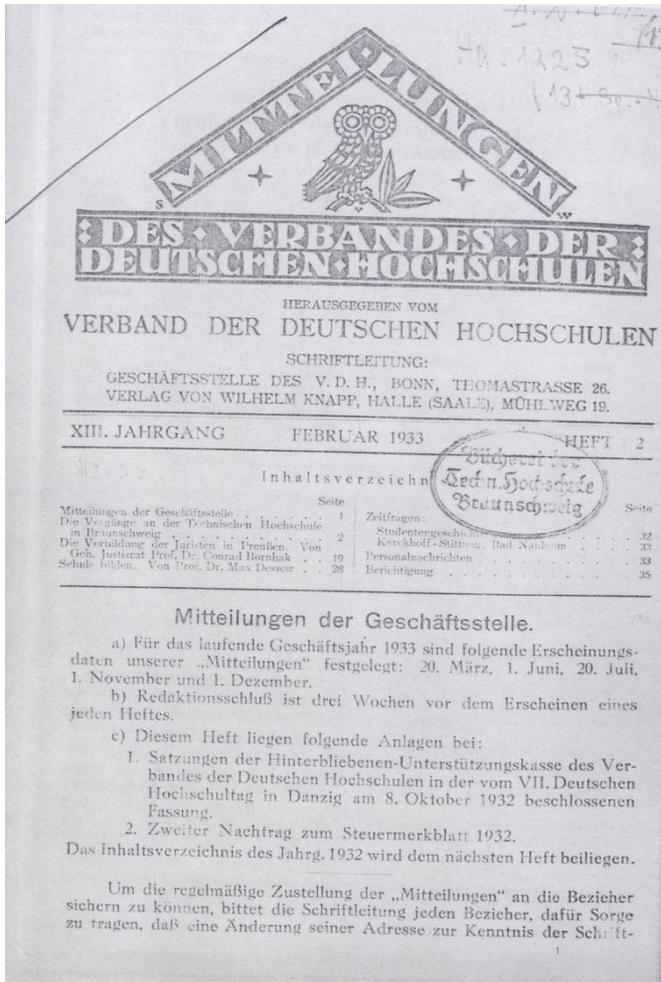
Die Quellen



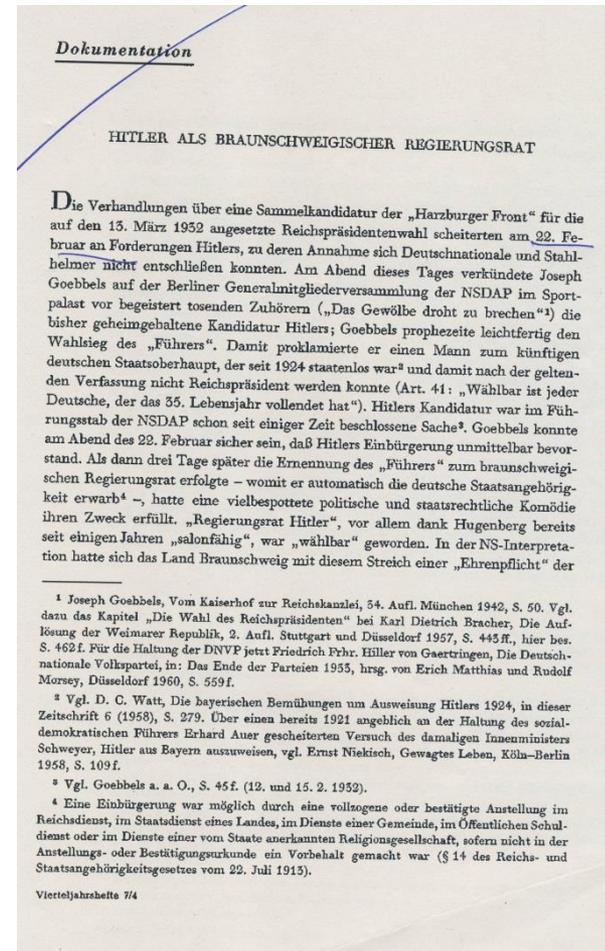
Die Quellen



Die Quellen



Die Vorgänge an der TH Braunschweig



Rudolf Morsey in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8.1960, 4., S. 419-448

Die Quellen

ORIGINAL †
 DISPERSE †
 TRANSMIT †

HS/WD/NWF/ 1834/36
 Army Form C2119A
SECRET

Instructions for compiling the war diary are printed inside this cover.
 They will be strictly observed by all responsible for compiling war diaries.

WAR DIARY

OF
 120 A.S. for Detachment
 (UNIT OR FORMATION)

From 24 March 45 to 31 March 45
 (VOLUME)

Signature of O.C. unit or senior staff officer: *S. J. ...*

INDEX

Narrative (AF C 2118),
 Appendices:—

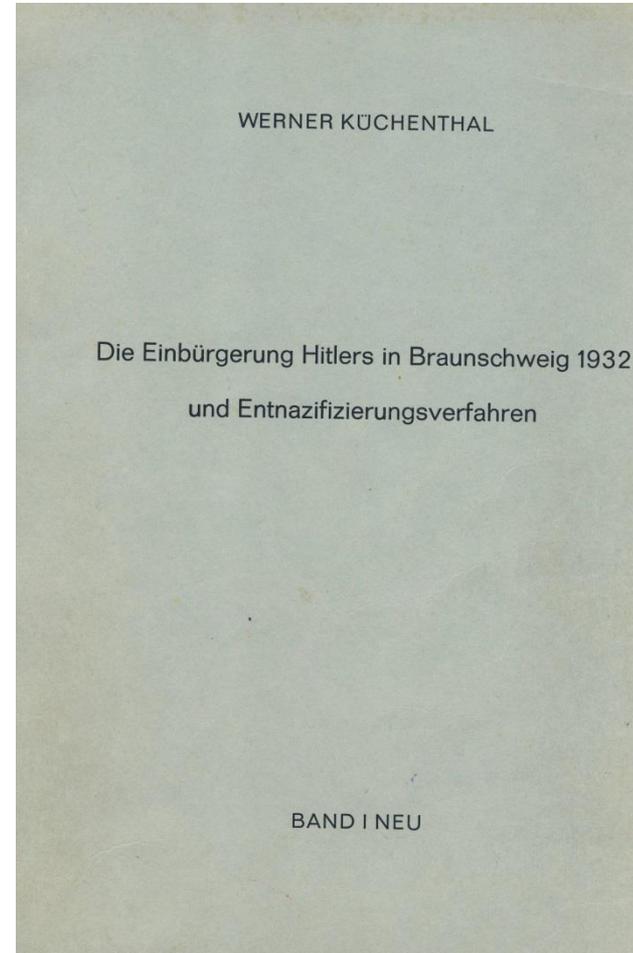
A	Situation at Nightfall (AF C 2118A or C 2118B)	*Fos
B	Signal Log	*Fos
C	Messages connected with Log (in chronological order)	
D	Operation Orders or Instructions issued	Nos
E	Operation Orders and Instructions received from Higher Formations	*Fos
F	Intelligence Summaries issued	Nos
G	Administrative Orders or Instructions issued	Nos
H	Administrative Orders or Instructions received	*Fos
I	Strength States, Field Returns, etc.	*Fos
J	Other Papers, e.g., Maps and Diagrams, Orders of Battle, Graphs (port clearance, railway working, etc.), Commanders' demi-official messages and correspondence, etc.	*Fos
Z	Top Secret Supplementary War Diary	Nil Retained † Despatched to †

Date: *Site*

* Each document to be numbered and details entered here.
 † Cross out whichever is not applicable.

Instructions for compiling the war diary are given inside this cover.

FORM 1110 5-44 24 822 P. 1-2



von 1973, hektographiert

Der Anlass: Die Reichspräsidentenwahl am 13.03.1932

Weimarer Verfassung(1919)

Art. 41, Abs. 2 (zur Wahl des Reichspräsidenten)
„Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.“

Art. 100, Abs. 1 (zur Staatsangehörigkeit)
„Die Staatsangehörigkeit im Reich und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren. Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger.“

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (1913)

§ 9 *„Die Einbürgerung in einen Bundesstaat darf erst erfolgen, nachdem durch den Reichskanzler festgestellt worden ist, daß keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat; erhebt ein Bundesstaat Bedenken, so entscheidet der Bundesrat. Die Bedenken können nur auf Tatsachen*

gestützt werden, welche die Besorgnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung des Antragstellers das Wohl des Reichs oder eines Bundesstaates gefährden würden.“

§ 14 *„Die von der Regierung oder der Zentral- oder höheren Verwaltungsbehörde eines Bundesstaats vollzogene oder bestätigte Anstellung im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienst, im Dienste einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes, im öffentlichen Schuldienst oder im Dienste einer von dem Bundesstaat anerkannten Religionsgemeinschaft gilt für einen Deutschen als Aufnahme, für einen Ausländer als Einbürgerung, sofern nicht in der Anstellungs- oder Bestätigungsurkunde ein Vorbehalt gemacht wird.“*

Der Anlass: Die Reichspräsidentenwahl am 13.03.1932

Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (1930)

§ 24 „Das Recht auf den Genuß der in den §§ 14, 16 bis 18 und 21 bis 23 genannten Bezüge ruht, wenn ein Berechtigter das deutsche Indigenat [Staatsangehörigkeit] verliert, bis zu dessen etwaiger Wiedererlangung.“



1.2.1932: Rechtsgutachten Kaisengericht

Der Anlass: Die Reichspräsidentenwahl am 13.03.1932

Die Gegner



Heinrich Brüning
-
Reichskanzler



Wilhelm
Groener
-
Innen- und
Reichswehr-
minister

Die Wahl
des
Reichspräsidenten



Georg Kaisenberg
-
Verfassungsreferent
im Innenministerium



Ernst
Wagemann
-
Reichswahlleiter,
Präsident
des
Statistischen
Reichsamts

Der Anlass: Die Reichspräsidentenwahl am 13.03.1932

Die Kandidaten



Der Kandidat Hindenburg soll Brüning über § 48 der Weimarer Verfassung weiter stützen



Der Kandidat Hitler könnte Frick oder einen anderen Parteigenossen zum Reichskanzler ernennen

Die Vorgeschichte 1924 - 1931



„Hitler- Putsch“ 1923 in München
3.v.r. mit der Fahne Himmler



Hitler hinter Gittern

Die Vorgeschichte 1924 - 1931

124919 - 19.
Hitler Adolf, Ausweisung
aus Bayern beziehungsweise Über-
nahme.
z.Z. A/2 2335/3 vom 4. Oktober 1924.

Wird
der oberösterreichischen Landesregierung(m.B.)
in
L i n z

unter Hinweis auf den am 30. September 1924 der Landesregierung te-
lefonisch erteilten Auftrag wegen Zurückweisung Adolf H i t l e r 's
im Falle versuchten Grenzübertrittes mit dem Bemerkten zurückgemit-
telt, daß die Bundesregierung im Gegenstande die dortige Auffas-
sung hinsichtlich der Staatszugehörigkeit und Heimatsberechtigung
des Adolf H i t l e r nicht teilt und sich diesfalls bereits mit
der deutschen Gesandtschaft in Wien und mit der bayrischen Regie-
rung ins Einvernehmen gesetzt hat. Hierbei wurde vereinbart, daß
die Angelegenheit im diplomatischen Wege ausgetragen werden soll.

Von einer ausdrücklichen Widerrufung der von der Lan-
desregierung abgegebenen Uebernahmeerklärung ist indes zunächst
abzusehen. Sollte jedoch von irgend einer Seite an die Landesregie-
rung in dieser Angelegenheit herangetreten werden, so wolle die
Entscheidung abgelehnt und der Akt anher geleitet werden.

11. Oktober 1924.
Für den Bundeskanzler:
S e y d l .

Für die Nichtigkeit
der Ausfertigung
Kanon

Oberöstr. Landesregierung
Eingel. 21 OKT. 1924
21 59910 5 94
2335
547816 1924 18
2335

11.10.1924: Die österreichische Regierung
widersetzt sich der Ausweisung Hitlers aus Bayern.

58 21

An den
Magistrat der Landeshauptstadt
L i n z a.d.Donau .

Betreff:
Gesuch um Entlassung aus der
österreichischen Staatsbürgerschaft.

H o h e r M a g i s t r a t !

Ich bitte um meine Entlassung aus der österreichischen Staats-
bürgerschaft.

Gründe:
Ich befinde mich seit dem Jahre 1912 in Deutschland, habe nahezu
6 Jahre in deutscher Heere gedient, darunter 4 1/2 Jahre an der Front
und beabsichtige nunmehr die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben.
Da ich zurzeit nicht weis, ob meine österreichische Staatsange-
hörigkeit nicht ohnehin bereits erloschen ist, ein Betreten des
österreichischen Bodens durch eine Verfügung der Bundesregierung
jedoch abgelehnt wurde, bitte ich um eine günstige Entscheidung
meines Gesuches.

Personalien: Adolf Hitler, geboren am 20. April 1889 zu Braunau
am Inn, bisher zuständig nach Linz a.d. Donau.

Meine Dokumente sind seit dem November 1923 nicht mehr auffind-
bar und vermutlich verloren gegangen.

Hochachtungsvoll
Adolf Hitler

München, den 7. April 1925.

7.4.1925: Hitler beantragt seine Ausbürgerung nach der
Haftentlassung, um nicht ausgewiesen zu werden.

Die Vorgeschichte 1924 - 1931

Wähler, merkt's Euch!

Wieviel Schulden hatte das Land Ende 1927? 15 920 785 **RM.**
Wieviel Schulden hat das Land heute? 46 765 824 **RM.**
Wieviel Zinsen- und Tilgungsbeträge zahlte das Land 1926? 2 600 000 **RM.**
Wieviel Zinsen- und Tilgungsbeträge zahlt das Land heute? 41 75 630 **RM.**

Dazu Steuern! Steuern! Steuern!

Das banken wir der Regierungskunst des Herrn **Dr. Jaaper.**

Und was bescherte uns Minister **Siebers?**
 Den religionsfeindlichen **Schuleraß,** Q 1.2.
 den Ausbau der weltlichen **Schule,**
 die Berufung der „Schulreformer“ **Paulsen, Jensen und Staats**
 als Professoren an die **Lehrerakademie,**
 das unmögliche „deutsche“ **Geschichtsbuch,**
 das **Berufsschulgesetz** mit seinen untragbaren Lasten,
 die Berufung des **Rechtsanwalts Kopfschein** zum **Oberlandesgerichtsrat.**

Und wie hat Minister **Steinbrecher** „gehandelt“?
 Er hat drei **Genossen** zu **Kreisdirektoren** gemacht. Rang und Gehalt der **Oberregierungsräte!**
 Er hat den früheren **Pastor Eberlein** als **Direktor** ins **Erziehungsheim** **Bevern** geschickt.
 Er hat redlich dazu geholfen, die **Pensionslasten** zu vermehren.

**Soll das so weitergehen:
 Schulden, Steuern, Versorgung von Genossen,
 Zerschlagung der christlichen Schule?**

Nein und tausendmal nein!

Solls aber anders werden, dann wählt
alle, aber auch wirklich alle, am 14. September
Bürgerliche Einheitsliste!

Verantwortlich: Wahlleitungs-Bürgerliche Einheitsliste. Druck: Albert Simbad, Braunschweig.

Plakat der Bürgerlichen Einheitsliste in Braunschweig(1930)



Karikatur von Ernst August Roloff, Fraktionsführer der BEL.

Die Vorgeschichte 1924 - 1931

Das Wahlergebnis im Lande Braunschweig

Landtagswahl (Amtlich):

Es wurden abgegeben für die

Liste 1 Sozialdemokratische Partei	125 586
Liste 4 Kommunistische Partei	20 988
Liste 6 Deutsche Staatspartei	9268
Liste 9 Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei	67 762
Liste 11 Volksrechtspartei	2321
Liste 21 Nationale Mitte	727
Liste 22 Bürgerliche Einheitsliste	79 478

306.130

Demgemäß werden die 40 Mandate im Landtage wie folgt verteilt:

Bürgerliche Einheitsliste 11 Mandate	Volksrechtspartei 0 Mandate
Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei 9 Mandate	Nationale Mitte 0 Mandate
Deutsche Staatspartei 1 Mandate	Sozialdemokratische Partei 17 Mandate
	Kommunistische Partei 2 Mandate

Die Landtagswahl 1927 hatte folgendes Ergebnis: Sozialdemokratie 128 317, Deutsche Volkspartei 39 646, Deutschnationale Volkspartei 26 217, Wirtschaftsverband 22 605, Kommunistische Partei 12 954, Demokratische Partei 12 806, Haus- und Grundbesitzer 12 323, Nationalsozialisten 10 358, Volksrechtspartei 4699, Zentrum 4609, Braunschweigisch-Niederländische Partei 3237 Stimmen.

Die Verteilung der Sitze im Landtag war folgende: Sozialdemokraten 24, Deutsche Volkspartei 8, Deutschnationale Volkspartei 5, Wirtschaftspartei 4, Demokraten 2, Nationalsozialisten 1, Haus- und Grundbesitzer 2.

Bei der Reichstagswahl 1928 war das Gesamtergebnis aus dem Freistaate Braunschweig: Sozialdemokratische Partei 141 443, Deutschnationale Volkspartei 26 840, Zentrumspartei 4255, Deutsche Volkspartei 47 282, Kommunistische Partei 9763, Demokratische Partei 9918, Reichspartei des Mittelstandes (Wirtschafts.) 5199, Nationalsozialisten 19 473, Deutsche Bauernpartei 344, Landvolk und Mittelstand (Wirt.-nat. Block) 836, Christlich-nationale Bauern- und Landvolkspartei 5031, Deutsch-Dannoveraner 8027, Volksrechtspartei 3802, Deutschnationale Partei 264, Christlichsozialer Reichspartei 128, Evangelische Volksgemeinschaft 111, Unabhängige Sozialdemokraten 251, Volksblock der Inflationsgeschädigten 166, Aufwertung- und Aufbaupartei 574.

Braunschweigische Landeszeitung, 15.9.1930.

Einzelpreis 10 Pfennig

Braunschweigische Landeszeitung



Bezugspreis:
Der Bezugspreis beträgt für Monat September 2,70 RM. für Posten für Winter 2,40 RM. für Posten für Sommer (April bis September) 2,70 RM. einschließlich 4 Wochen Postzuschlagsgeld.

Ersteinständlich Hebenmal: morgens 7 Uhr.
Schriftleitung und Geschäftsstelle: Braunschweig, Postfach Nr. 8.
Verantwortl. Schriftf. Hr. 4500 und 4501, Schriftleitung Nr. 4502 und 4503.
Verleger: Dr. Heinrich Dammeyer, Nr. 44 450.



Anzeigenpreise:
aus Stadt u. Land Braunschweig im Wochenblatt 200 0,15
aus Braunschweig im Wochenblatt 0,15
aus Stadt u. Land Braunschweig im Wochenblatt 0,40
aus Braunschweig im Wochenblatt 0,60
für Familienanzeigen netto
Sonderpreise für die Wochenschrift.

Kleine Anzeigen:
Jedes Wort 6 Wk. Ueberdruckseite 100 Wk. netto.
Kasseler Anzeigen in Braunschweig und Wolfenbüttel durch unsere Geschäftsstellen im hiesigen Braunschweig durch die Geschäftsstellen der Kreis- und Wochenblätter. Bitte durch alle Anzeigen-Expeditoren.

Nr. 268
Sonnabend, den 27. September
1930

Neue Wege in Braunschweig

Die Einigung ist erzielt!

Bürgerblock, Nationalsozialisten und Jungdeutscher Orden

Die Verhandlungen, die zwischen den braunschweigischen Landtagsfraktionen des Bürgerblocks und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei seit einigen Tagen zum Zwecke der Regierungsbildung gepflogen wurden, haben zu einer Einigung geführt. Als einer der Minister für das Kabinett, das fortan nur noch zwei Minister umfassen wird, ist von bürgerlicher Seite der frühere braunschweigische Finanzminister Dr. Rüchert hat präferiert worden. Der nationalsozialistische Kandidat ist Dr. jur. Anton Franzen, Amtsgerichtsrat in Hild. Zudem wir unterstehend die programmatischen Forderungen beider Koalitionsparteien veröffentlicht, erhoffen wir eine gedeihliche Zusammenarbeit beider Gruppen mit Unterstützung des Jungdeutschen Schreber.

Ein Aufbau-Programm

Die grundsätzlichen Forderungen der neuen Regierungsparteien

Statt Rache Strenge
Der Bürgerblock und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei haben im Freistaat Braunschweig am 14. September einen Wahltag eröffnet, der nicht von vorherigen Wahlen zu unterscheiden ist. In unserer engsten Heimat hat sich durch „Liebenswürdigkeit“ und „Wahrheitsliebe“ die Sozialdemokratie und noch eine so feste Position geschaffen, daß es unmittelbar möglich war, ob diese rote Woge im ersten Anlauf zu brechen sein würde. Trotzdem ist es gelungen, in das Kabinett der Jungdeutschen Reichsbanner einzubringen und ihnen die Tür zu neuen, hehrlichen des Büren Reichsbanner hat das rote Joch abgeworfen. Und nur im Interesse der braunschweigischen Volksgemeinschaft das Wahlergebnis jenes demütigen Sonntag praktisch umgesetzt werden.

Nach kurzen Verhandlungen, die, auf drei Tage verteilt, sich insgesamt noch nicht auf ein halbes Dutzend von Stunden erstrecken, ist ein „Bündnis“ zwischen Bürgerblock und der National-

Stützens: Umwidmung der Dienst-
Ruhenszeit an die Reichsbanner und Rück-
zahlung der Steuern, ob der freie Wirtschaftswirtschaft zu belassen ist.
Sachress: Erfüllung der Steuern, ob die
Wirtschaft eines Inermittanten Wirtschaft.

27.09.1930

Die Vorgeschichte 1924 - 1931



10./11.10.1931: Aufmarsch der „Harzburger Front“
im braunschweigischen Bad Harzburg.



17.10.1931: SA-Aufmarsch auf dem Franz'schen Feld
Zur Fahnenweihe.

Die Vorgeschichte 1924 - 1931

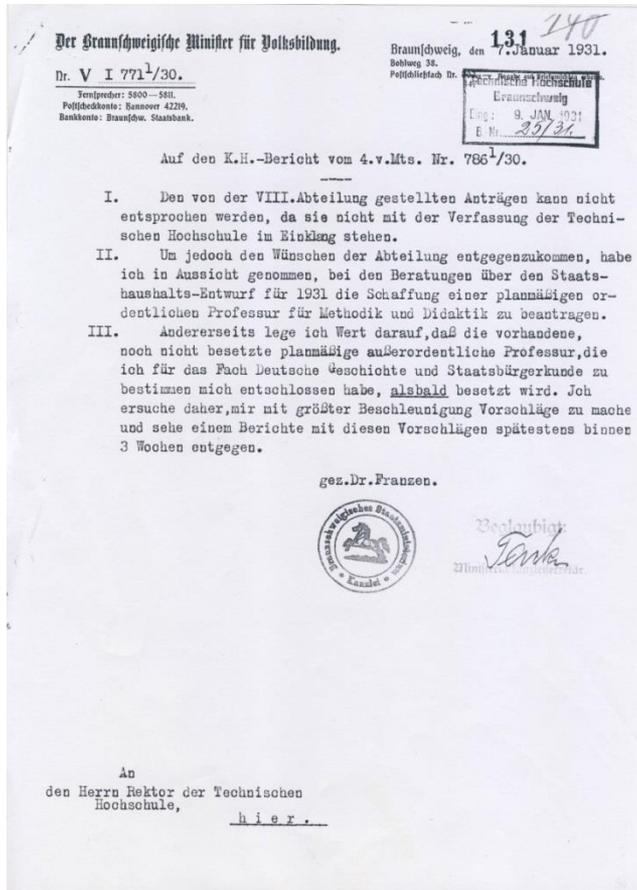


17.10.1931: Aufmarsch von „100 000“
SA- Männern vor dem Braunschweiger Schloss

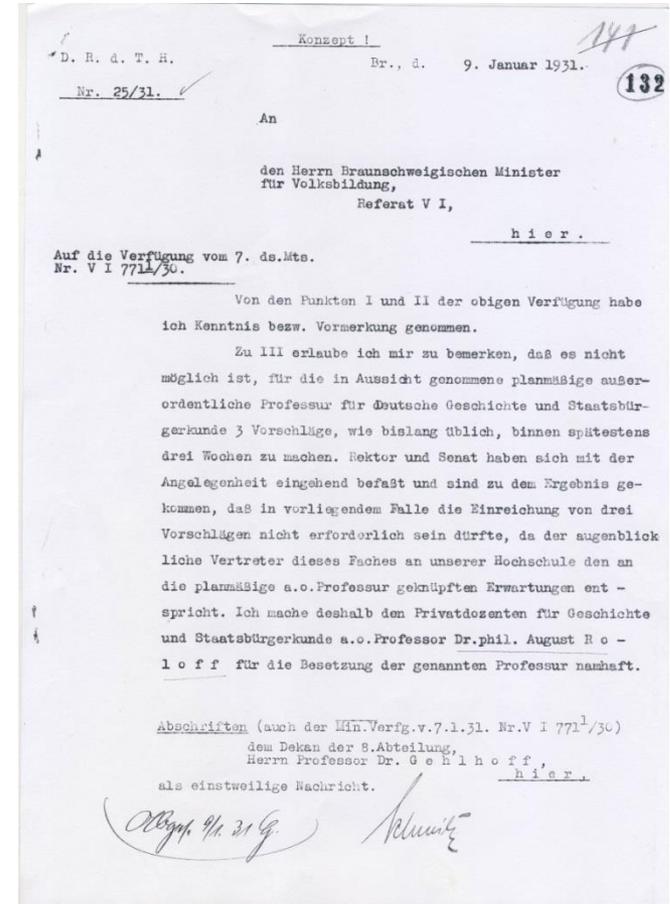


Hitler und Anton Franzen, 18.10.1931

Die Vorgeschichte 1924 - 1931



17.1.1931: Aufforderung von Minister Franzen an Rektor Schmitz: In drei Wochen Berufungsvorschlag für „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“



19.1.1931: Vorschlag von Rektor, Roloff auf Einerliste zu berufen

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

Die Akteure in Berlin

<i>NSDAP</i>	 <p>Goebbels</p>	 <p>Göring</p>	 <p>Frick</p>
<i>DNVP/ Stahlhelm</i>	 <p>Hugenberg</p>	 <p>Seldte</p>	 <p>Duesterberg</p>
<i>DVP/ Zentrum</i>	 <p>Dingeldey</p>	 <p>Brüning</p>	 <p>Kronprinz Wilhelm III.</p>

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932



Werner Best- Autor
der Boxheimer Dokumente



Walther Stennes,
SA-Führer
(Agent der Reichswehr?)

18.3.1953

Das Parlament

Die Boxheimer Dokumente

Das waren die Pläne der Nazis

Als dem Oberreichsamt der Weimarer Republik hochvertrauliche Umtriebe der NSDAP angezeigt worden waren, wurden bei Hausdurchsuchungen im November 1931 in Hissen auf dem Boxheimer Hof nachstehende Pläne zur Festlegung der Demokratie und zur Errichtung eines Regimes der Gewalt und des Terrors beschlagnahmt. Als ihr Verfasser wurde der heutzutage Landesbeauftragte der NSDAP, Gerichtsassessor Dr. Werner Best, ermittelt.¹⁾

Entwurf

der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der bisherigen obersten Staatsbehörden und nach Erlaubigung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet.

Volksprozessual

Die bisherigen Träger der Staatsgewalt im Reiche wie im Lande sind durch die Ereignisse der letzten Tage (Wochen) weggefallen. Durch diese tatsächliche Veränderung ist — wie im November 1918 — ein neuer Rechtszustand geschaffen. Macht steht jetzt allein bei den SA, Landeswehren o. Ä.). Ihre Führung hat deshalb das Recht und die Pflicht, zur Rettung des Volkes die verwaltete Staatsgewalt zu ergreifen und auszuüben. Sie tut dies im Namen der deutschen Nation, vor deren Zukunft allein sie für die Erfüllung ihrer Aufgabe und für die Wahl ihrer Mittel verantwortlich ist.

Die unerhörte Gefahr erfordert außerordentliche Maßnahmen, um zunächst das nackte Leben des Volkes zu retten. Erste Aufgabe ist Herstellung der öffentlichen Sicherheit und die Organisation der Volksernährung. Nur schärfste Disziplin der Bevölkerung und rück-sichtsloses Durchgreifen der bewaffneten Macht lassen die Lösung dieser Aufgaben als möglich erscheinen.

Als Befehlshaber der SA, Landeswehren o. Ä.) in (Starkenburg, -Rheinessen, -Oberhessen) gebe ich deshalb folgenden

Befehl

an die gesamte Bevölkerung des Landes bekannt:

1. Jeder Anordnung der SA, Landeswehren o. Ä.) gleich von welchem Dienstgrad erteilt, ist sofort Folge zu leisten. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft. Die Feldgerichte können beim Vorliegen besonderer Umstände andere Strafen verhängen.
2. Jede Schußwaffe ist binnen 24 Stunden an die SA, Landeswehren u. Ä.) abzuliefern. Wer nach Ablauf dieser Frist im Besitz einer Schußwaffe betroffen wird, wird als Feind der SA, Landeswehren o. Ä.) und des deutschen Volkes ohne Verfahren auf der Stelle erschossen.
3. Jeder im Dienste öffentlicher Behörden oder öffentlicher Verkehrsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst wieder aufzunehmen. Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft.

An die Stelle der obersten Staatsbehörden (Ministerien) tritt die Führung der SA, Landeswehren o. Ä.), vertreten durch mich.

4. Die von der Führung der SA, Landeswehren o. Ä.) erlassenen Notverordnungen haben für Jedermann mit dem Tage ihrer Veröffentlichung durch Ansetzung Geleitzkraft, Verstoße gegen die Notverordnungen werden in besonders schweren Fällen über die in ihnen bestimmten Strafen hinaus mit dem Tode bestraft.
5. Soweit nicht die von der Führung der SA, Landeswehren o. Ä.) erlassenen Notverordnungen oder einzelne Anordnungen der SA, Landeswehren o. Ä.) entgegenstehen, bleiben alle bestehenden Gesetze in Kraft und sind von der Bevölkerung in jeder Hinsicht zu befolgen.

Erfassung der Lebensmittel

1. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der SA, Landeswehren o. Ä.) und sind an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern.
2. Jeder Erzeuger (Vorratserzeuger und verarbeitender Erzeuger) und Händler (Groß- und Klein-) hat unverzüglich eine genaue Aufstellung aller in seinem Eigentum stehenden (gleich wo lagernden oder in seinem Besitz befindlichen) Lebensmittel der für ihn zuständigen Bürgermeisterei einzureichen.
3. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten.
4. Strafe für jede Verletzung der Feststellung und Ablieferung und für jeden Verkauf und Tausch von Lebensmitteln:
 - a) immer: Einziehung des gesamten Vermögens;
 - b) daneben zulässig: Jede Art und jeder Grad von Freiheitsstrafen. (Todesstrafe nach dem ersten Verstoß an die Bevölkerung des Führers.)

Richtlinien für eine Notverordnung zur Sicherung des gegenwärtigen Eigen-tumsstandes

Die Führung der SA, Landeswehren u. Ä.) ist gezwungen, zur Rettung des Lebens der Bevölkerung über alle vorhandenen Vorräte an verbrauchbaren lebensnotwendigen Gegenständen, d. h. praktisch über den gesamten Ertrag des Volkvermögens und damit des Vermögens jedes einzelnen Volksgenossen zu verfügen. Es gibt bis zu anderen einkommen mehr. Dafür wird der ge-setzliche Vermögensstand durch Sicherung genügender Eigenvermögen durch Sicherung des Eigenvermögens und Feststellung der berechtigten Ansprüche sichergestellt. Hierfür sind folgende Maßnahmen anzuordnen:

1. Jede Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen und Forderungen, Vermögens Vollstreckungsmaßnahmen sind aufzuheben.
2. Jede Verführung von Ansprüchen ist bis zum Ablauf eines Jahres seit Veröffentlichung dieser Verordnung gebietet.
3. Jeder Zinsenlauf für Geldforderungen ist bis zum Ablauf anderer Bestimmungen aufzuheben. Das gleiche gilt für den Mietzins für Wohnräume.
4. Däglliche Belastungen von Grundstücken für Geldforderungen dürfen bis zum Ablauf anderer Bestimmungen nicht bestellt werden.
5. Jeder Schuldner von Verbindlichkeiten über 1000 RM hat dem für ihn zuständigen Amtsgericht ein Verzeichnis seiner Gläubiger und Schulden einzureichen. Das Gericht hat mit dem Gläubiger eine Einigung über die Feststellung des Betrages der Schuld zu versuchen. Mäßigung dieser Versuch, so muß der Gläubiger binnen 2 Monaten gegen den Schuldner Feststellungsklage erheben, andernfalls die Forderung erlischt.

Einrichtung von Feldgerichten

1. Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verstoßen gegen den Befehl an die Bevölkerung²⁾ und gegen die Notverordnungen, um dem Anschein in der Willkür zu vermeiden. Verändertes und festgesetztes Verfahren in Anlehnung an die St.P.O.

Bestzung: Einzelrichter (Jurist), wenn Todesstrafe in Frage steht, drei Richter, darunter mindestens ein Jurist als Vorsitzender. Einrichtung einer Verwaltungsabteilung, die für die vorhandene Behörde die Ministerien ersetzt und die Inangensetzung der Verwaltung, die Entlassung und Ernennung von Beamten nach dem Richtlinien der Rechtsabteilung des Gastes Hessen und die Ausarbeitung weiter erforderlicher Notverordnungen vorzunehmen hat.

Einführung der Arbeitsdienstpflicht

1. Jeder Deutsche (nicht Jude usw.) männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet. Ausgenommen ist, wer der SA, Landeswehr o. Ä.) angehört oder herullich im Dienste von Behörden steht. Ausnahme wegen Unfähigkeit nach besonderen Richtlinien.
2. Der Anspruch auf Ermählung gemäß der Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung ist von der Erfüllung der Dienstpflicht bzw. von der Bereitschaft zu ihr (Appell) abhängig.

¹⁾ Best wurde damals aus dem Staatsdienst entlassen. Der Verstoß gegen die Weimarer Reichsverfassung von der Anklage des Hochverrats freigesprochen. Nach einer weiteren Karriere — unter anderem wurde 1932 zum Reichsminister in Danemark ernannt — und nach der Wiedereinnahme der deutschen Staatsbürgerschaft im Jahre 1933 wurde er Mitglied der Reichsregierung. Er wurde 1942 zum Reichsminister ernannt. In einem Besondere Verzeichnis wurde die Todesstrafe für Verstoße gegen die Notverordnungen vorgesehen. Inzwischen wurde Best wieder in Freiheit gesetzt.

Das Parlament vom 18.3.1953

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

Goebbels – Tagebuch

19.1.1932: „Mit dem Führer die Reichspräsidentenfrage durchgesprochen. Ich berichte über meine Unterredungen. Noch ist keine Entscheidung gefallen. Ich plädiere stark für seine eigene Kandidatur. Es kommt wohl im Ernst auch nichts anderes in Frage. Wir stellen Berechnungen mit Zahlen an, aber Zahlen können täuschen. Nur sein Name kann ernsthaft ins Feld geführt werden.“

2.2.1932: „Großes Rätselraten um unseren Kandidaten; aber das ist im Augenblick nicht so wichtig wie die Frage der Geldbeschaffung. Die Argumente für die Kandidatur des Führers sind so durchschlagend, dass gar nichts anderes in Frage kommt. ...Mittags lange mit dem Führer beraten. Er entwickelt seine Ansicht zur Präsidentenwahl. Er entschließt sich, selbst die Kandidatur zu übernehmen. Aber zuerst muss die Gegenseite festgelegt sein. S.P.D. gibt hier den Ausschlag. Dann wird unsere Entscheidung der Öffentlichkeit mitgeteilt. Es ist ein Kampf mit Peinlichkeiten ohne Maßen; aber er muss durchgestanden werden. ... Die Deutschnationalen und der Stahlhelm werden vorläufig hingehalten. Unser Kandidat kommt erst im letzten Augenblick an die Öffentlichkeit. Evtl. tritt im ersten Wahlgang ein anderer an die Stelle des Führers, so dass wird die entscheidende Chance erst im zweiten Wahlgang wahrnehmen.“

4.2.1932: „Der Führer muss ja Staatsbürger sein, um kandidieren zu können. Klagges wird damit beauftragt, diese Frage zu lösen. Es ist geplant, den Führer zum außerordentlichen Professor in Braunschweig zu ernennen. Es ist für ihn fast beleidigend, welche Schleichwege man benutzen muss, ihm das zu geben, was keinem Ostjuden verweigert worden ist.“

12.2.1932: „Ich kalkuliere mit dem Führer im Kaiserhof noch einmal alle Zahlen durch. Es ist ein Risiko, aber es muss gewagt werden. Die Entscheidung ist nun gefallen.“ Spät abends: „Die offene Entscheidung ist um einige Tage vertagt.“

22.2.1932: „Zum Schluss noch einmal die Frage des Präsidentschaftskandidaten durchgesprochen. Hauptsache ist, dass jetzt das Schweigen gebrochen wird. Der Führer gibt mir die Erlaubnis, am Abend im Sportpalast vorzuprellen. Gott sei Dank!“

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932



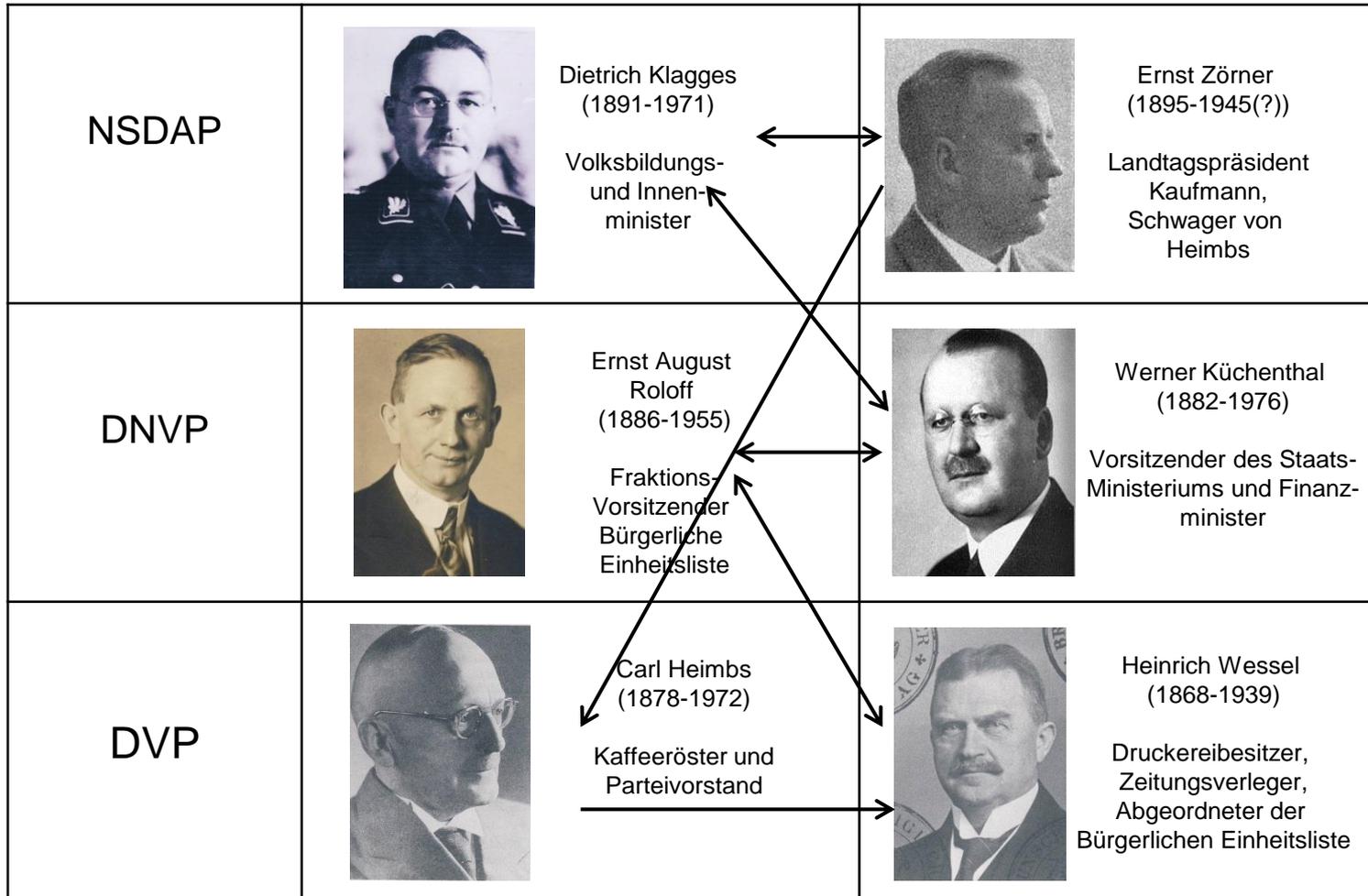
Frank, Hitler, Frick und Goebbels
im Hotel Kaiserhof, Berlin 1932



Die Landtagsfraktion der NSDAP (1930-1933)
mit Landtagspräsident Zörner (2.v.l. hinten)
und Minister Klagges (3.v.l. hinten)

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

Die Akteure in Braunschweig



Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

Dokument Nr. 6

(18.?) Februar 1932: Aufzeichnung des Staatsministers Klagges

Maschinenschrift, eigenhändige Unterschrift.

In Rücksicht auf die politische Bildung des heranwachsenden Geschlechts halte ich es für dringend erforderlich, daß die Studierenden der Technischen Hochschule [Braunschweig] Gelegenheit erhalten, sich auch im Rahmen der Hochschule über die Grundfragen der Nationalpolitik, die über die künftige Schicksalsgestaltung unseres Volkes entscheidet, zu unterrichten.

Daher beabsichtige ich seit längerer Zeit, eine Persönlichkeit, die sich theoretisch und praktisch in einer führenden politischen Stellung bewährt hat, an die hiesige Technische Hochschule zu berufen und ihr einen Lehrauftrag für

organische Gesellschaftslehre und Politik

zu erteilen.

Wie mir mitgeteilt wird, würde Herr Schriftsteller Adolf Hitler, München, Prinzregentenplatz 16/II, bereit sein, einen derartigen Ruf anzunehmen.

Da Herr Hitler nicht nur als Führer einer großen politischen Volksbewegung, sondern ebenfalls durch sein grundsätzliches politisches Werk „Mein Kampf“ als wissenschaftlicher Schriftsteller hervorgetreten ist, würde ich die Verwirklichung dieser Möglichkeit lebhaft begrüßen.

Durch eine Lehrtätigkeit Adolf Hitlers würde die Bedeutung und das Ansehen der Hochschule zweifellos sehr gesteigert werden.

Da Herr Hitler, als Deutschösterreicher in Braunau am Inn geboren (20. 4. 89), zur Zeit staatenlos ist, legt er Wert darauf, daß seine Berufung in einer Form erfolgt, durch die ihm zugleich das deutsche Staatsbürgerrecht nach § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes⁵⁴ verliehen wird.

Herrn M[inisterial-] R[at] Dr. Albrecht bitte ich zu prüfen, in welcher Form eine sofortige Berufung möglich ist.

Da eine Befragung der Hochschule satzungsgemäß nicht erforderlich ist⁵⁵, kann sie in diesem Falle unterbleiben.

Herrn M[inisterial-] R[at] Dr. Kiesel bitte ich zu prüfen, ob die beabsichtigte Form der Berufung den Bedingungen des § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes entspricht.

Zu dem letzteren Punkt ist auch die Stellungnahme des Herrn O[ber-] L[andes-] Gerichtsrates Wanstrat herbeizuführen.

Klagges

Aktenvermerk Klagges 13.02.1932

Morsey 1960, S. 451

Abschrift
(von Abschrift)
Dienstvertrag

Zwischen dem Freistaat Braunschweig und dem Schriftsteller Adolf Hitler in München wird folgender Dienstvertrag abgeschlossen:

1. Der Schriftsteller Adolf Hitler übernimmt am 25. Februar 1932 die planmäßige außerordentliche Professur für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der Technischen Hochschule zu Braunschweig mit der Verpflichtung, bis zu 12 Vorlesungs- und Übungsstunden im Semester wöchentlich zu halten.
2. Der Schriftsteller Adolf Hitler wird als planmäßiger außerordentlicher Professor nach dem Staatsbeamtenbesoldungsgesetz vom 26. Juni 1928 Bes. Gr. A II b besoldet. Der Beginn des Besoldungsdienstalters wird auf den 1. Februar 1932 festgesetzt.
3. Herr Adolf Hitler erhält von den für seine Vorlesungen und Übungen eingehenden Unterrichtsgebühren Anteile nach Maßgabe der darüber bestehenden jeweiligen Bestimmungen.
4. Herr Adolf Hitler hat das Recht zur Ausübung privater Tätigkeit, soweit durch diese die Interessen seines Lehrstuhles nicht geschädigt werden.
5. Das Dienstverhältnis des Herrn Adolf Hitler regelt sich neben den Bestimmungen dieses Vertrages nach den Vorschriften des braunschweigischen Staatsbeamtenbesoldungsgesetzes vom 4. April 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 30. November 1930 und der zu diesem Gesetz erlassenen Nachträge.

Braunschweig, den Februar 1932 München, den
Staatsministerium Minister Februar 1932
Minister

15.2.1932: Dienstvertrag für „Professor“ Hitler

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

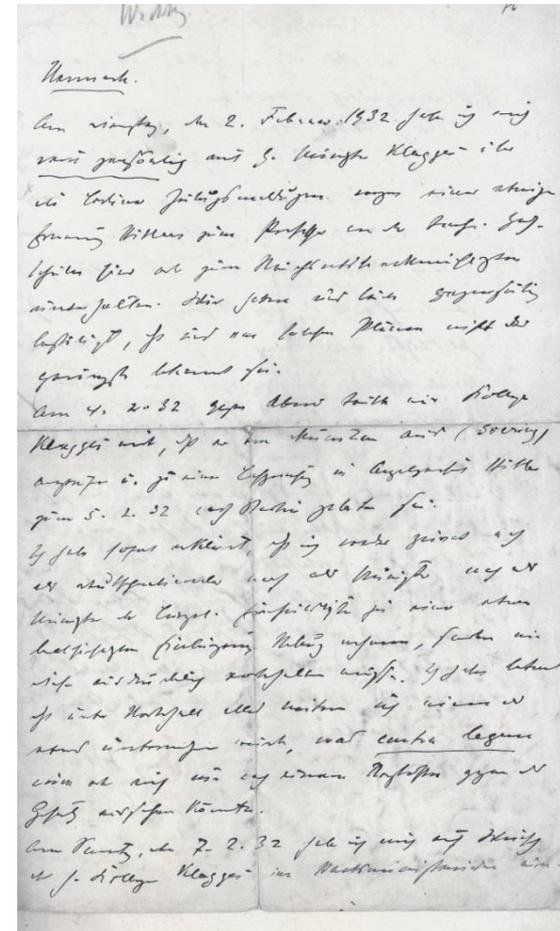
Die Akteure an der Technischen Hochschule Braunschweig

Gegner	 <p>Otto Schmitz - Werkstoffkunde und Schweißtechnik, Rektor</p>	 <p>Carl Mühlenphordt - Architektur, Prorektor</p>	 <p>Theodor Geiger - Soziologie, Dekan 8. Abt.</p>
Taktierer	 <p>Ernst August Roloff - Deutsche Geschichte u. Staatsbürgerkunde</p>	 <p>Heinrich Wessel - Ehrendoktor der TH</p>	<p>Paul Albrecht - Ministerialrat, Hochschulreferent im Volksbildungsministerium</p>
Befürworter	 <p>Axel Schaffeld - Maschinenbau -student, NS-Hochschul- gruppenführer</p>	 <p>Bodo Heinemann - Chemie, NS-Dozentenbunds- führer an der TH</p>	 <p>Paul Horrmann - Pharmazie, Rektor 1933, NSDAP-Mitglied 1932</p>

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

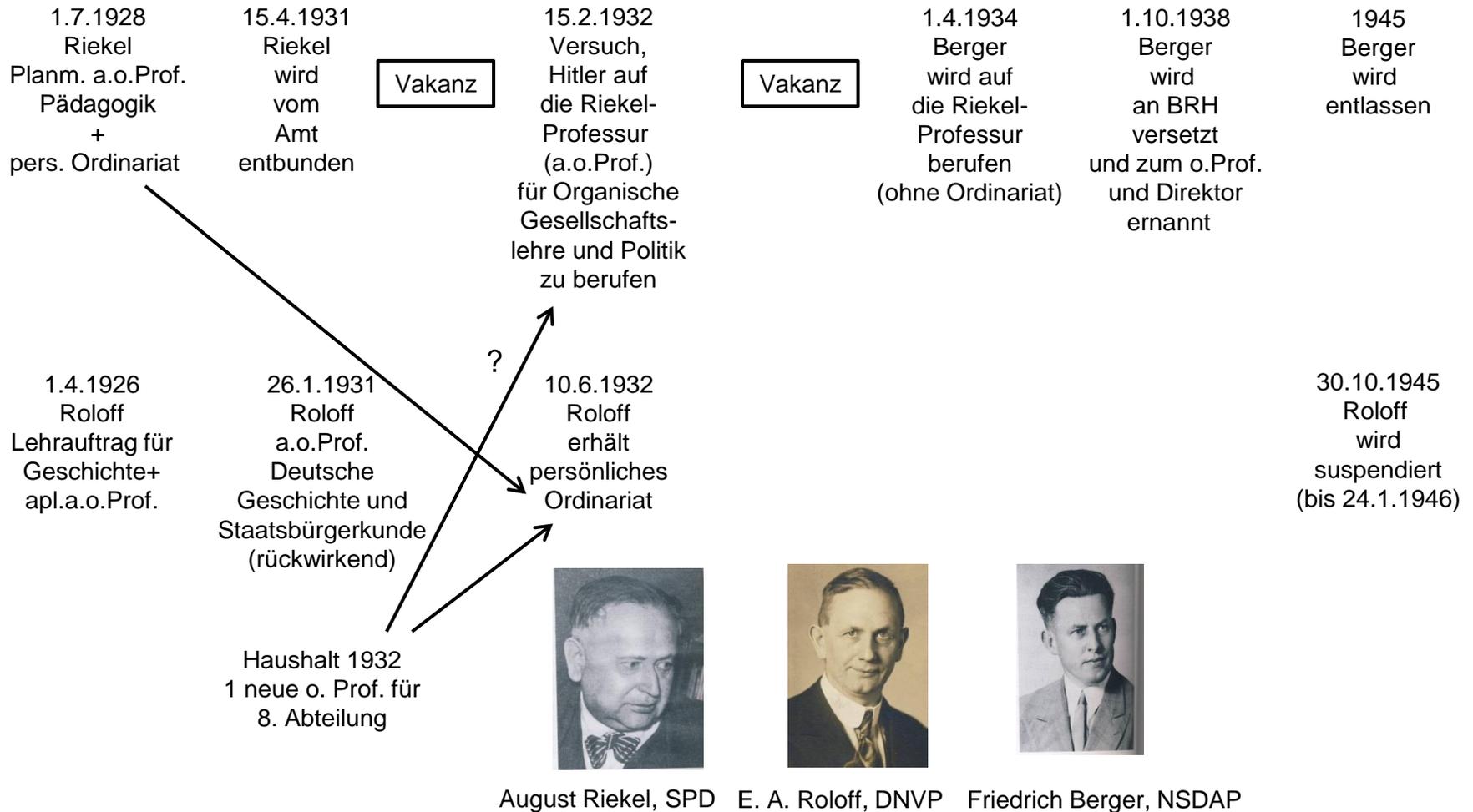


Zeitungsmeldungen vom 13.02.1932



13.02.1932: Vermerk von Küchenthal nach Gespräch mit Klagges über Berufung Hitlers, Archiv Menzel

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932



Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

Die Abgesandten aus Berlin



Reinhold Quatz
(DNVP)
Vertrauter von
Hugenberg



Hans Frank
(NSDAP)
Rechtsberater
von Hitler

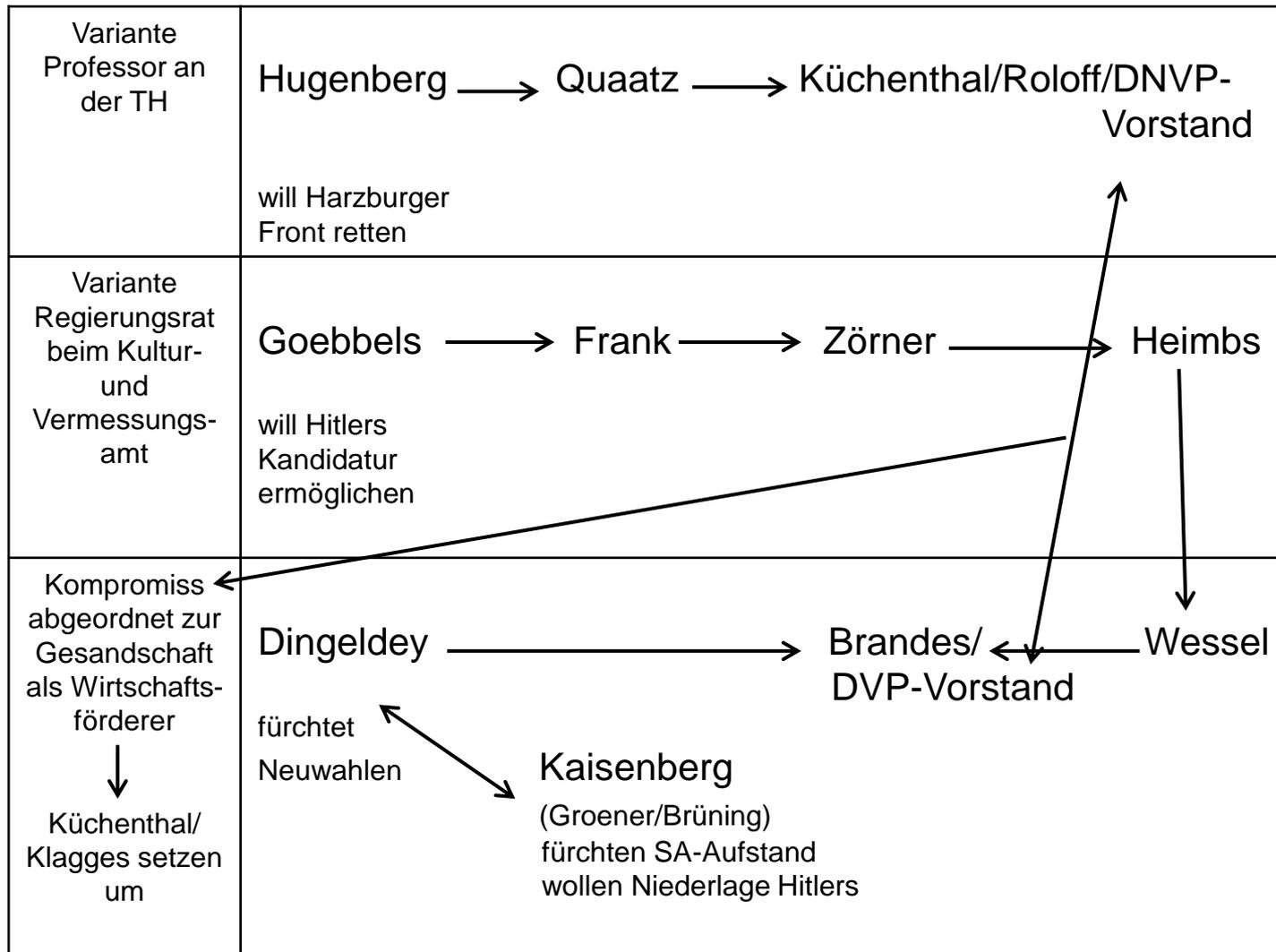


Eduard Dingeldey
(DVP) (telefonisch)
Parteivorsitzender



Hermann Göring
(NSDAP)
Vertrauensmann
Hitlers für den
Wahlvorschlag

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932



Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

Küchenthal, den 22.2.1932

Herrn Minister Dr. Küchenthal:

Auf Grund unserer persönlichen Besprechung wurde ich Ihnen folgendes mitteilen, die Angelegenheiten, die Ihnen jetzt vorliegen sind, sind mit dem Ministerium in der Sache übereinstimmend zu sein.

Geben Sie entsprechende Form der Zustimmung, falls die Fraktion die Angelegenheiten nicht anders zu sehen. Die Angelegenheiten sind, daß die Lösung in dieser Richtung nicht gefunden werden können.

22.2.1932: Klagges an Küchenthal: Mit der Feststellung der Einigung über die Regierungsrat/Abordnungs-Variante und Ankündigung, Hitler zu informieren, Archiv Menzel

Deutsche Volkspartei des Landes Braunschweig
 Nationalliberale Partei

Bank-Rechn.: Verrechnungsk. G. n. 1. 6, Braunschweig
 Postfach-Rechn.: G. n. 21411 (Dr. Wessel) Braunschweig, den 23. Februar 1932
 G. n. 1411 / G. n. 4007



Persönlich! H e r r n
 Minister Dr. Küchenthal
 Braunschweig.

Sehr geehrter Herr Minister!

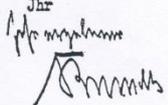
Die in der letzten Fraktionssitzung der Bürgerlichen Einheitsliste erörterte Frage, ob Sie als verantwortlicher Minister die Einbürgerung des Herrn Hitler durch seine Anstellung als braunschweigischer Beamter mit vollziehen gollen, hat insofern eine Wendung erfahren, als nach allgemeiner Auffassung der Fraktion eine Anstellung des Herrn H. als a.o. Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig nicht in Frage kommen kann.

Es ist dagegen die Frage erörtert, ob Herr Hitler durch die Anstellung in eine z.Zt. freie Stelle ein Amt als braunschweigischer Beamter bei der Vertretung im Reichsrat in Berlin übertragen werden kann.

Ich habe in der gestrigen Sitzung der Fraktion zum Ausdruck gebracht, dass die Abgg. der Deutschen Volkspartei einer Einbürgerung Hitlers auf gesetzlich zulässigem Wege keine Schwierigkeiten in den Weg legen werden, dass wir seine Einbürgerung vielmehr als sachlich berechtigt anerkennen. Ich habe aber eine Zustimmung für uns abgelehnt für ein Rechtsgeschäft des Scheins, von dem nicht mit Sicherheit feststeht, dass die Einbürgerung damit tatsächlich erreicht wird. An dieser Kernfrage haben auch die uns von Ihnen vorgelegten Gutachten Ihrer Herren Referenten vorbei, worauf wir ausdrücklich hingewiesen haben. Es ist nach meiner Meinung für die Entscheidung dieser Kernfrage gleichgültig, ob Herr Hitler ein Amt an der Technischen Hochschule oder bei der Vertretung des Reichsrats in Berlin übertragen wird, wenn nicht die Ausübung des Amtes als solches, sondern lediglich die Einbürgerung das Ziel ist. Hierüber muss auch bei einer Amtsübertragung bei der Vertretung im Reichsrat volle Klarheit bestehen.

Die Verantwortung für die aus einem solchen Scheingeschäft entstehenden Konsequenzen lehnen die Abgg. der Deutschen Volkspartei ab und können deshalb einer solchen Amtsübertragung ihre Zustimmung nicht geben. Dieser Auffassung schließt sich auch unser Abg. Dr. Wessel ausdrücklich an.

Ich beehre mich, Ihnen diese unsere Auffassung nochmals mitzuteilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
 Ihr


23.2.1932: Brandes an Küchenthal mit letztem Vorbehalt

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

Nachspiel im Landtag und Haushaltsausschluss

Versammlungen des Braunschweiger
Landtags
4084
41. Sitzung - 1. März 1932

schaft zunächst nur geändert die Höhe der Aufwandsentschädigung, die die Beamten der braunschweigischen Gesandtschaft bekommen. Es fand sich für eine Herabsetzung der Aufwandsentschädigung eine Mehrheit, die von den Gesichtspunkten ausging, daß bei der Verminderung der Preise für vieles an sich schon eine Verminderung der Aufwandsentschädigung möglich sei, und die der Auffassung war, da die Repräsentation in Berlin in den jetzigen Zeiten der wirtschaftlichen Not seit längerer Zeit erheblich zurückgegangen ist, könne man diese Aufwandsentschädigung um denselben Betrag kürzen, der den Beamten üblicher Weise von ihren Nebenbezügen gekürzt würde. Es wurde vom Ausschuß auch ein entsprechender Antrag angenommen. Damit, hätte man annehmen sollen, wären die Angelegenheiten der braunschweigischen Gesandtschaft für den Haushaltsausschuß erledigt gewesen, und man hätte annehmen sollen, daß die Braunschweigische Gesandtschaft hier im Plenum des Hauses wie in früheren Jahren einen besonderen Anlaß zur Debatte nicht mehr gegeben hätte.

Wir haben dann aber im Ausschuß erlebt, daß bei der Beratung des Landeskultur- und Vermessungsamtes der Antrag gestellt wurde, dieser Behörde eine Regierungsratsstelle mehr zuzuweisen, als die Regierung selbst in ihrem Etat anforderte. Es konnten zwar für diese Anregung stichhaltige Gründe nicht angegeben werden, sondern man beschränkte sich sowohl von Seiten der Regierung als auch von Seiten der Regierungsparteien darauf, zu erklären, das Landeskultur- und Vermessungsamt muß unbedingt die neue Regierungsratsstelle erhalten, da die Fülle der Geschäfte das dringend notwendig macht. Eine nähere Begründung, welche besonderen Aufgaben beim Landeskultur- und Vermessungsamt der neue Regierungsrat übernehmen sollte, wurde nicht gegeben, aber immer wieder mit Eifer darauf hingewiesen, die Stelle ist unbedingt nötig, der Aufgabenkreis des Landeskultur- und Vermessungsamtes ist so groß und umfangreich und erfordert unter allen Umständen die Stelle eines Regierungsrats.

(Abg. Dr. Jasper: Hört, hört!)

die dann schließlich durch den Ausschuß am Mittwoch nachmittag voriger Woche auch zur Bewilligung kam. Die unbedingte Notwendigkeit, der dringende Bedarf einer Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt dauerte allerdings nur von Mittwochnachmittag bis Freitag vormittag.

(Heiterkeit links.)

Am Freitag vormittag erklärte die Regierung plötzlich, der dringende Bedarf einer Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt sei nicht mehr vorhanden, es sei vielmehr jetzt dieser dringende Bedarf ganz plötzlich aufgetreten bei der braunschweigischen Gesandtschaft und man müsse die am Mittwoch nachmittag für das Landeskultur- und Vermessungsamt geschaffene Regierungsratsstelle übertragen auf die braunschweigische Gesandtschaft.

(Sehr gut! links.- Abg. Schneider: Sehr gut! Ganz glänzend!)

1.3.1932: Landtagsprotokoll

- 9 -
- Drucksache 127 -

Plan II „Vorsitzender des Staatsministeriums“.

Im Kapitel 12 „Vertretung beim Reichsrat“ ist im Titel 1 „Planmäßige Beamte“ hinter der Gruppe A 2 a eingefügt: „Gruppe A 2 b: 1 Regierungsrat“. Die Gesamtzahl der Stellen in Titel 1 erhöht sich damit auf 5. Zugleich ist der Ansatz in Titel 1 auf 32 551 RM erhöht, das Kapitel 12 mit einer Summe von 68 890 RM genehmigt und die Summe der Ausgabe des Planes II mit 567 020 RM festgestellt.

Plan III „Justizminister“.

Im Kapitel 15 „Belohnung für Aufklärung von Straftaten“ ist die Ausgabe von 500 RM auf 1 000 RM erhöht und entsprechend die Summe der Ausgabe des Planes III mit 3 838 120 RM bewilligt.

Plan IV „Minister für Volksbildung“.

Im Kapitel 13 sind in Titel 4 für Schülerwanderungen und Landschulheime (übertragbar) 3 200 RM eingestellt. Die Summe des Kapitels 13 erhöht sich hiernach auf 162 500 RM.

Im Kapitel 15 „Höhere Landesbauschule“ ist in Titel 4 „Angestellte“ der Ansatz von 11 365 RM auf 8 165 RM herabgesetzt. Die Summe des Kapitels 15 ist entsprechend zu 175 040 RM festgestellt.

Im Kapitel 23 „Technische Hochschule“ sind im Titel 1 „Planmäßige Beamte“ in Gruppe A 2 b statt „13 außerordentliche Professoren“ „14 außerordentliche Professoren“ einzustellen. Die Bemerkung „1 Stelle künftig wegfallend“ ist zu streichen.

Im Kapitel 26 ist die Ausgabe in Titel 3 „Volkslesehalle“ von 13 500 RM auf 14 500 RM erhöht und zum Ausgleich der Ansatz in Titel 6 mit der abgeänderten Zweckbestimmung: „Förderung der heimischen Kunst“ (übertragbar) auf 582 RM herabgesetzt. Die Summe des Kapitels 26 zu 100 500 RM und ebenso die Gesamtsumme der Ausgabe des Planes IV mit 14 515 150 RM hat keine Veränderung erfahren.

Plan V „Minister des Innern“.

Im Kapitel 42 Titel 9 sind als Zuschuß zur Wirtschaftsschule des Landesfürsorgeamtes 100 RM eingestellt. Zum Ausgleich ist in Titel 13 der Ansatz zur Unterhaltung von Fürsorgezöglingen von 537 560 RM auf 537 460 RM herabgesetzt.

Plan VI „Finanzminister“.

Im Kapitel 25 „Entschädigung an die Staatsbank“ ist der Ansatz von 230 000 RM um 5 550 RM auf 224 450 RM herabgesetzt.

Im Kapitel 36 „Bauämter“ ist hinter den Worte „Baukontrolleure“ die Bemerkung: „Künftig wegfallend“ gestrichen. Die Summe der gesamten Ausgabe des Planes VI ist mit 19 561 440 RM festgestellt.

4.3.1932: Haushaltsentwurf für 1932

Der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

Nachspiel im Landtag und Haushaltsausschluss

Vorhandlungen des Braunschweiger
Landtags
4084
41. Sitzung - 1. März 1932

schaft zunächst nur geändert die Höhe der Aufwandsentschädigung, die die Beamten der braunschweigischen Gesandtschaft bekommen. Es fand sich für eine Herabsetzung der Aufwandsentschädigung eine Mehrheit, die von den Gesichtspunkten ausging, daß bei der Verminderung der Freise für vieles an sich schon eine Verminderung der Aufwandsentschädigung möglich sei, und die der Auffassung war, da die Repräsentation in Berlin in den jetzigen Zeiten der wirtschaftlichen Not seit längerer Zeit erheblich zurückgegangen ist, könne man diese Aufwandsentschädigung um denselben Betrag kürzen, der den Beamten üblicher Weise von ihren Nebenbezügen gekürzt würde. Es wurde vom Ausschuß auch ein entsprechender Antrag angenommen. Damit, hätte man annehmen sollen, wären die Angelegenheiten der braunschweigischen Gesandtschaft für den Haushaltsausschuß erledigt gewesen, und man hätte annehmen sollen, daß die Braunschweigische Gesandtschaft hier im Plenum des Hauses wie in früheren Jahren einen besonderen Anlaß zur Debatte nicht mehr gegeben hätte.

Wir haben dann aber im Ausschuß erlebt, daß bei der Beratung des Landeskultur- und Vermessungsamtes der Antrag gestellt wurde, dieser Behörde eine Regierungsratsstelle mehr zuzuweisen, als die Regierung selbst in ihrem Etat anforderte. Es konnten zwar für diese Anregung stichhaltige Gründe nicht angegeben werden, sondern man beschränkte sich sowohl von Seiten der Regierung als auch von Seiten der Regierungsparteien darauf, zu erklären, das Landeskultur- und Vermessungsamt muß unbedingt die neue Regierungsratsstelle erhalten, da die Fülle der Geschäfte das dringend notwendig macht. Eine nähere Begrlegung, welche besonderen Aufgaben beim Landeskultur- und Vermessungsamt der neue Regierungsrat übernehmen sollte, wurde nicht gegeben, aber immer wieder mit Eifer darauf hingewiesen, die Stelle ist unbedingt nötig, der Aufgabenkreis des Landeskultur- und Vermessungsamtes ist so groß und umfangreich und erfordert unter allen Umständen die Stelle eines Regierungsrats.

(Abg. Dr. Jasper: Hört, hört!)

die dann schließlich durch den Ausschuß am Mittwoch nachmittag voriger Woche auch zur Bewilligung kam. Die unbedingte Notwendigkeit, der dringende Bedarf einer Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt dauerte allerdings nur von Mittwochnachmittag bis Freitag vormittag.

(Heiterkeit links.)

Am Freitag vormittag erklärte die Regierung plötzlich, der dringende Bedarf einer Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt sei nicht mehr vorhanden, es sei vielmehr jetzt dieser dringende Bedarf ganz plötzlich aufgetreten bei der braunschweigischen Gesandtschaft und man müsse die am Mittwoch nachmittag für das Landeskultur- und Vermessungsamt geschaffene Regierungsratsstelle übertragen auf die braunschweigische Gesandtschaft.

(Sehr gut! links.- Abg. Schneider: Sehr gut! Ganz glänzend!)

1.3.1932: Landtagsprotokoll

- 9 -
- Drucksache 127 -

Plan II „Vorsitzender des Staatsministeriums“.

Im Kapitel 12 „Vertretung beim Reichsrat“ ist im Titel 1 „Planmäßige Beamte“ hinter der Gruppe A 2 a eingefügt: „Gruppe A 2 b: 1 Regierungsrat“. Die Gesamtzahl der Stellen in Titel 1 erhöht sich damit auf 3. Zugleich ist der Ansatz in Titel 1 auf 32 551 RM erhöht, das Kapitel 12 mit einer Summe von 68 890 RM genehmigt und die Summe der Ausgabe des Planes II mit 567 020 RM festgestellt.

Plan III „Justizminister“.

Im Kapitel 15 „Belohnung für Aufklärung von Straftaten“ ist die Ausgabe von 500 RM auf 1 000 RM erhöht und entsprechend die Summe der Ausgabe des Planes III mit 3 838 120 RM bewilligt.

Plan IV „Minister für Volksbildung“.

Im Kapitel 13 sind in Titel 4 für Schülerwanderungen und Landschulheime (übertragbar) 3 200 RM eingestellt. Die Summe des Kapitels 13 erhöht sich hiernach auf 162 500 RM.

Im Kapitel 15 „Höhere Landesbauschule“ ist in Titel 4 „Angestellte“ der Ansatz von 11 365 RM auf 8 165 RM herabgesetzt. Die Summe des Kapitels 15 ist entsprechend zu 175 040 RM festgestellt.

Im Kapitel 23 „Technische Hochschule“ sind im Titel 1 „Planmäßige Beamte“ in Gruppe A 2 b statt „13 außerordentliche Professoren“ „14 außerordentliche Professoren“ einzustellen. Die Bemerkung „1 Stelle künftig wegfallend“ ist zu streichen.

Im Kapitel 26 ist die Ausgabe in Titel 3 „Volkslesehalle“ von 13 500 RM auf 14 500 RM erhöht und zum Ausgleich der Ansatz in Titel 6 mit der abgeänderten Zweckbestimmung: „Förderung der heimischen Kunst“ (übertragbar) auf 582 RM herabgesetzt. Die Summe des Kapitels 26 zu 100 500 RM und ebenso die Gesamtsumme der Ausgabe des Planes IV mit 14 515 150 RM hat keine Veränderung erfahren.

Plan V „Minister des Innern“.

Im Kapitel 42 Titel 9 sind als Zuschuß zur Wirtschaftsschule des Landesfürsorgeamts 100 RM eingestellt. Zum Ausgleich ist in Titel 13 der Ansatz zur Unterhaltung von Fürsorgezöglingen von 537 560 RM auf 537 460 RM herabgesetzt.

Plan VI „Finanzminister“.

Im Kapitel 25 „Entschädigung an die Staatsbank“ ist der Ansatz von 230 000 RM um 5 550 RM auf 224 450 RM herabgesetzt.

Im Kapitel 36 „Bauämter“ ist hinter den Worte „Baukontrolleure“ die Bemerkung: „Künftig wegfallend“ gestrichen. Die Summe der gesamten Ausgabe des Planes VI ist mit 19 561 440 RM festgestellt.

4.3.1932: Haushaltsentwurf für 1932

Hitler als Regierungsrat 1932 - 1933

Abschrift. 18

**Der Vorstehende
des Braunschweigischen Staatsministeriums
u. der Braunschweigische Finanzminister.
Hr. D. Pers. Hitler.**

Braunschweig, den 25. Februar 1932.
Behörung 38.
Polizeibehörde Nr. 447. — *Bitte auf Rückantwort achten.*

An
den Reichratsbevollmächtigten
Wirklichen Geheimen Rat
Herrn Dr.-Ing.h.c.Boden, Exzellenz,
Berlin W 62
Hiltzowplatz 11.

Das Braunschweigische Staatsministerium hat beschlossen den Schriftsteller Adolf Hitler in München, Prinzregentenplatz Nr. 16^{II}, geboren am 20. April 1889 in Braunau a/Inn, mit Wirkung vom heutigen Tage im Braunschweigischen Staatsdienste unter Ernennung zum

Regierungsrat

anzustellen, ihm die freie planmäßige Stelle eines Regierungsrats bei dem Landeskultur- und Vermessungsamt zu verleihen und ihn zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zu beauftragen.

Die Aufgaben Hitlers werden insbesondere darin bestehen für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Landes Braunschweig in weitestem Umfange tätig zu sein, namentlich sich auch der Erlangung von Aufträgen für die Braunschweigische Wirtschaft anzunehmen.

Mit der Beauftragung Hitlers ist eine Bestellung zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat nicht verbunden.

Die haushaltmäßige Übertragung der Stelle eines planmäßigen Regierungsrats von dem Landeskultur- und Vermessungsamt auf die planmäßigen Mittel der Gesandtschaft ist in Aussicht genommen. Bis zur Übertragung der Stelle werden die Bezüge von dem Landeskultur- und Vermessungsamt, das entsprechend angewiesen ist, gezahlt werden.

Die über die Ernennung des Schriftstellers Adolf Hitler zum Regierungsrat ausgefertigte Urkunde ist diesem unmittelbar übersandt. Eine Abschrift der Urkunde liegt bei.

Das Besoldungsdienstalter Hitlers wird auf den Tag der /Ernennung

25.2.1932: Hitlers Ernennungsurkunde zum Regierungsrat

über die Zustellung eines mit dem Dienstsiegel versehenen Briefes:

Beauftragter: *D. P.* An *den Hof/Hotel Kaiserhof* vom *Adolf Hitler*

Abfänger: *Adolf Hitler* in *Berlin* am *26.2.1932*

Den vorstehend bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbote zu heute hier — zwischen Uhr und Uhr

1. In Empfangen Vorführung des Person	dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Name): selbst in — der Wohnung — dem Geschäftstotal — übergeben.	[Vorfeld für die Zustellung an Wohnen, Gewerbe, Koryphäen und Vereine (nicht, für Sonderzustellung etc.)] dem — Vorführer — gefälligen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber — in Person in — der Wohnung — dem Geschäftstotal — übergeben.
2. In schließen, oder zu geben	da ich in dem Geschäftstotal dem — Empfänger — selbst nicht angetroffen habe, hat die <i>Wohnung</i> — <i>Schneider</i> — übergeben.	da in dem Geschäftstotal während der geschäftlichen Geschäftsstunden a) der angestufte — Vorführer — gefällige Vertreter — vertretungsberechtigter Mitinhaber — an der Annahme verhindert war, b) der — Vorführer — gefällige Vertreter — vertretungsberechtigter Mitinhaber — nicht anwesend war, dort dem beim Empfänger angestellten übergeben.
3. In Familien- situation des Adressaten	da ich dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Name): selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort a) keine Familie geborenen erwachsenen Personen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne — der Tochter — übergeben. b) de... in der Familie dienenden erwachsenen übergeben.	da ein besondertes Geschäftstotal nicht vorhanden ist und ich dem — Vorführer — gefälligen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber — in der hiesigen Wohnung nicht selbst angetroffen habe, dort a) dem zu keiner Familie geborenen erwachsenen Genußgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne — der Tochter — übergeben. b) de... in der Familie dienenden erwachsenen übergeben.
4. In den weitere Anmerkungen	da ich dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Name): selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen dienstfreien oder an eine dienende Person nicht ausführbar war, de... in demselben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter — nämlich de... de... zur Annahme bereit war, übergeben.	da ein besondertes Geschäftstotal nicht vorhanden ist und ich dem — Vorführer — gefälligen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber — in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen dienstfreien oder an eine dienende Person nicht ausführbar war, de... in demselben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter —, nämlich de... de... zur Annahme bereit war, übergeben.

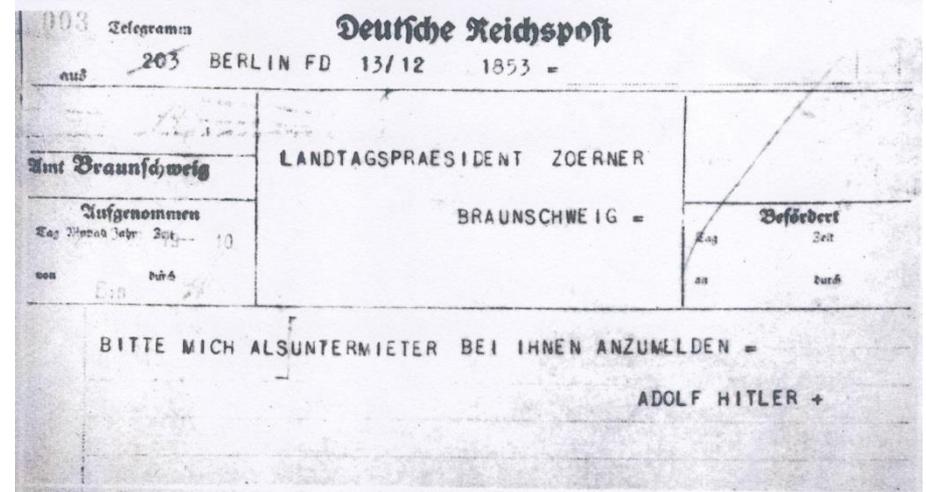
Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlage des zugestellten Briefes vermerkt.
den *26. Februar* 1932.
Sepp Dietrich
(Vorführung unentgeltlich)
C 57 a. blau

26.2.1932: Postzustellungsurkunde Hotel Kaiserhof, quittiert durch den Gehilfen Sepp Dietrich

Hitler als Regierungsrat 1932 - 1933

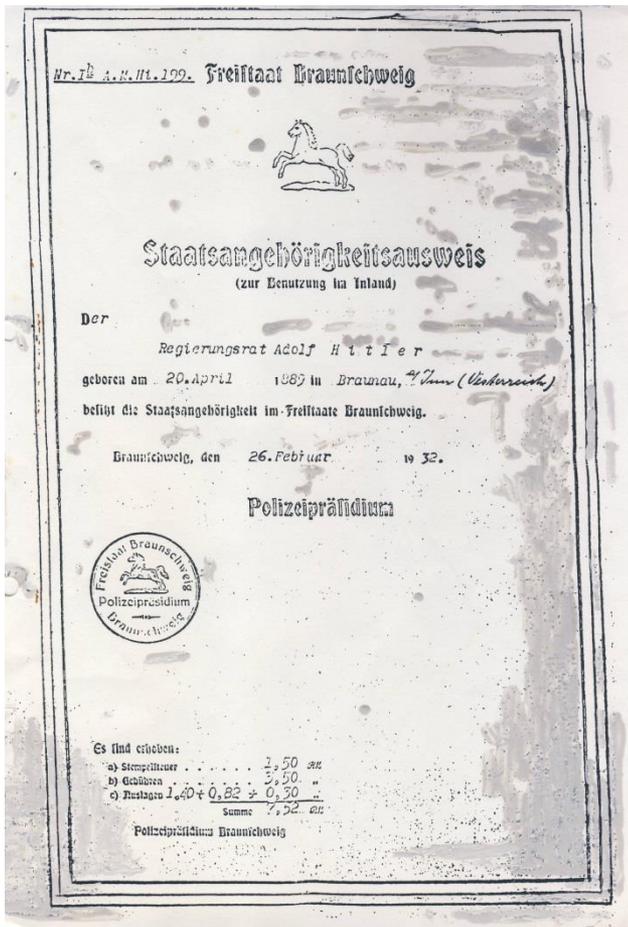


26.2.1932: Hitler verlässt die Braunschweigische Gesandtschaft mit Adjutanten und Sekretär Hess



26.2.1932: Hitlers Telegramm an Zörner

Hitler als Regierungsrat 1932 - 1933



26.2.1932: Staatsangehörigkeitsausweis



26.2.1932: Hitler erhält die Benachrichtigung über seine Einbürgerung

Hitler als Regierungsrat 1932 - 1933

Der Vorsitzende
des **Braunschweigischen Staatsministeriums**
und **Finanzministers**.
Dr. D. Pers.H. An

Braunschweig, den 29. Februar 1932.
Bahnhof 32. Postfach Nr. 302. — Abgabe auf Briefumschlag erlassen.

das **Landeskultur- und -vermessungsamt**,
hier.

Seminargesch.: 5800—5811
Postfachkonto: Hannover 42279.
Bankkonto: Braunschw. Staatsbank.

Betr.: Dienstbezüge des Regierungsrats
Hitler.

Im Nachgange zu meiner Verfügung vom 25. Februar 1932 D Pers
Hitler.

Der Regierungsrat Hitler ist unverheiratet. Da ihm Berlin
als dienstlicher Wohnsitz zugewiesen ist, erhält er den Wohnungs-
geldzuschuß der Sonderklasse für ledige Beamte. Außerdem ist ihm
der für Berlin zustehende örtliche Sonderzuschlag von 3.v.H.
des Grundgehalts zu zahlen.

Danach berechnen sich seine Dienstbezüge wie folgt:

Grundgehalt Gr. A 2 b, EDA. v. 25.2.1932	4 400,— ₧
Wohnungsgeldzuschuß 60 % von 1 152 ₧	691,20 "
Örtl. Sonderzuschlag 3 % von 4 400 ₧	132,— "
	zusammen jährlich 5 223,20 ₧
	monatlich 435,27 ₧
Ab Kürzungen 25 % - 2,50 ₧	106,32 "
	bleiben zu zahlen, 328,95 ₧

Für die Zeit vom 25. bis Ende Februar sind die Bezüge nach
dem AB. 50/28 zu berechnen.

Bis zur Aushändigung der Steuerkarte sind nach § 34 (3) der
StAB. (AB. 89/25) 10 v.H. Einkommensteuer von den vollen Bezü-
gen einzubehalten. Die Steuerkarte ist anzufordern; aus ihr wird
zu ersehen sein, ob Bürgersteuer einzubehalten ist.

gez. Dr. Kuchenthal.

1134

die Braunschw. und Anhaltische
Gesamtschwarz, Berlin 4 62,
Lützowplatz 11

zur Kenntnis.

1751

*erhalten für den angegebenen Epl-
Kaufmann ist von H.H. Hitler*

Amtsblatt
der
braunschweigischen Staatsverwaltung
11. Jahrgang · Nr. 5.

Braunschweig, den 11. März 1932.

Inhalt: 17. Waldsiedlung Wolfsklippen. S. 42. — 18. Anstellungsgrundsätze. S. 43. — 19. Kürzung der Versorgungsbezüge. S. 45. — 20. Offenlegung der Einheitswerte. S. 45. — 21. Änderung von Amtsbezeichnungen. S. 46.

Personalveränderungen.

Anstellungen:

1. 2. 32: Apsm. Finanzkassenfchr. Dombrowsky als Finanzkassenfchr. b. d. Staatsbf.; Registr. Paul b. AG. Brschwg. u. apl. 3Sekr. Struckmann b. AG. Wolfenb. als 3Sekr.

20. 2. 32: ~~Verf. Max. Michy als Pförtner b. Litzhaus, hier~~

25. 2. 32: Schriftsteller Adolf Hitler in München als RA. b. Landeskultur- u. -vermessungsamt, hier, beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters für wirtschaftliche Fragen des Landes Braunschweig bei der Br. Gesandtschaft in Berlin.

29.2.1932: Mehrmalige Gehaltsberechnung wegen ungeklärter Höhe des Ortszuschlags aufgrund ungeklärten Wohnsitzes

Hitler als Regierungsrat 1932 - 1933

D. Herr H.

Braunschweigische und Anhaltische
Gesandtschaft.
Meclemburg-Schlesische Vertretung
bei der Reichsregierung.

Berlin 23.62 26. Februar 1932
Viktorplatz 11
Telefon: 2 2 1000 2007.

Nr. 740¹

SAKMINISTERIUM
Eng. 2. FEB. 1932

Auf Nr. D Pers. Hitler vom 25. d. Mts.

Von dem Inhalt der Verfügung habe ich Kenntnis genommen. Ich habe sofort nach ihrem Empfang an Herrn Regierungsrat Hitler das Ersuchen gerichtet, sich zwecks Ableistung des vorgeschriebenen Dienstes und zwecks Dienstantritts unverzüglich auf der Gesandtschaft bei mir einzufinden. Daraufhin hat heute nachmittag die Ableistung des Dienstes durch Herrn Hitler vor mir auf der Gesandtschaft stattgefunden, wie ich aus dem abschriftlich anliegenden Protokoll über diesen Vorgang zu entnehmen bitte.

Anschließend hieran habe ich Herrn Hitler sogleich zu seinen Dienstgeschäften angewiesen, für die die Festlegung näherer Richtlinien noch vorbehalten geblieben ist. Regierungsrat Hitler hat damit heute seinen Dienst bei der Gesandtschaft angetreten.

*1. Herrn Ministerial-Kollegen
2. Herrn Ministerial-Kollegen
3. Herrn Ministerial-Kollegen
4. Herrn Ministerial-Kollegen
5. Herrn Ministerial-Kollegen*

Herrn Vorsitzenden des Staatsministeriums
und den Herrn Finanzminister

Braunschweig

26.2.1932: Bericht Bodens über die Verteidigung und den Dienstantritts Hitlers

87

München, den 19.10.32

An
die Braunschweigische Vertretung beim Reich,
z. H. des Herrn Gesandten Ex. Foden, Berlin.

Leider besteht keine Aussicht, daß mit die fortlaufenden politischen Kämpfe in der nächsten Zeit die Erfüllung meines Dienstauftrages ermöglichen.

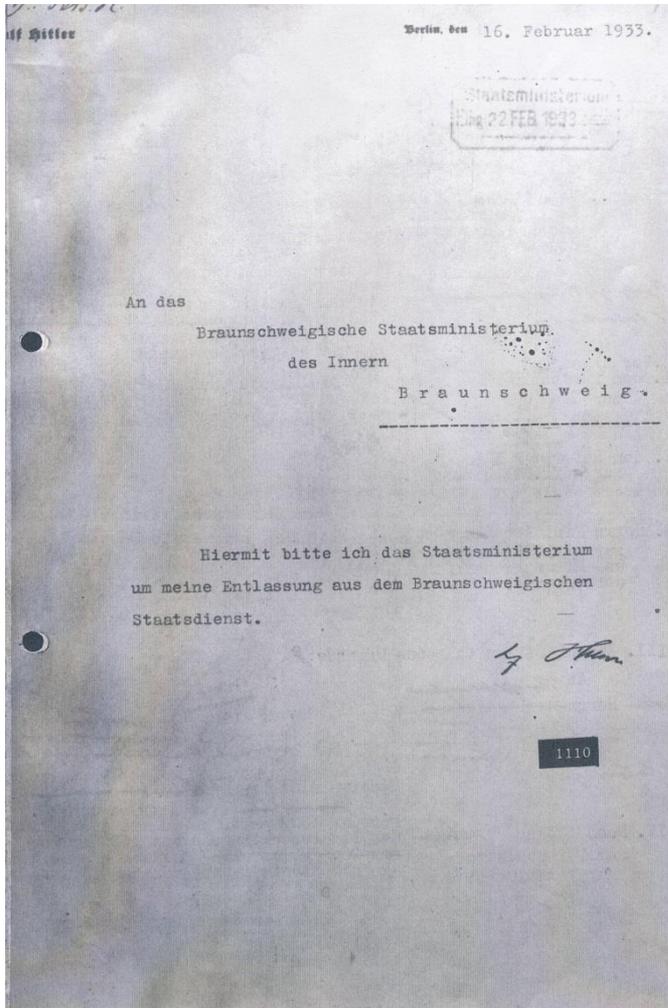
Ich lege daher ein Urlaubsgesuch vor und bitte Sie, dasselbe an den Herrn Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums weiterzuleiten.

1101

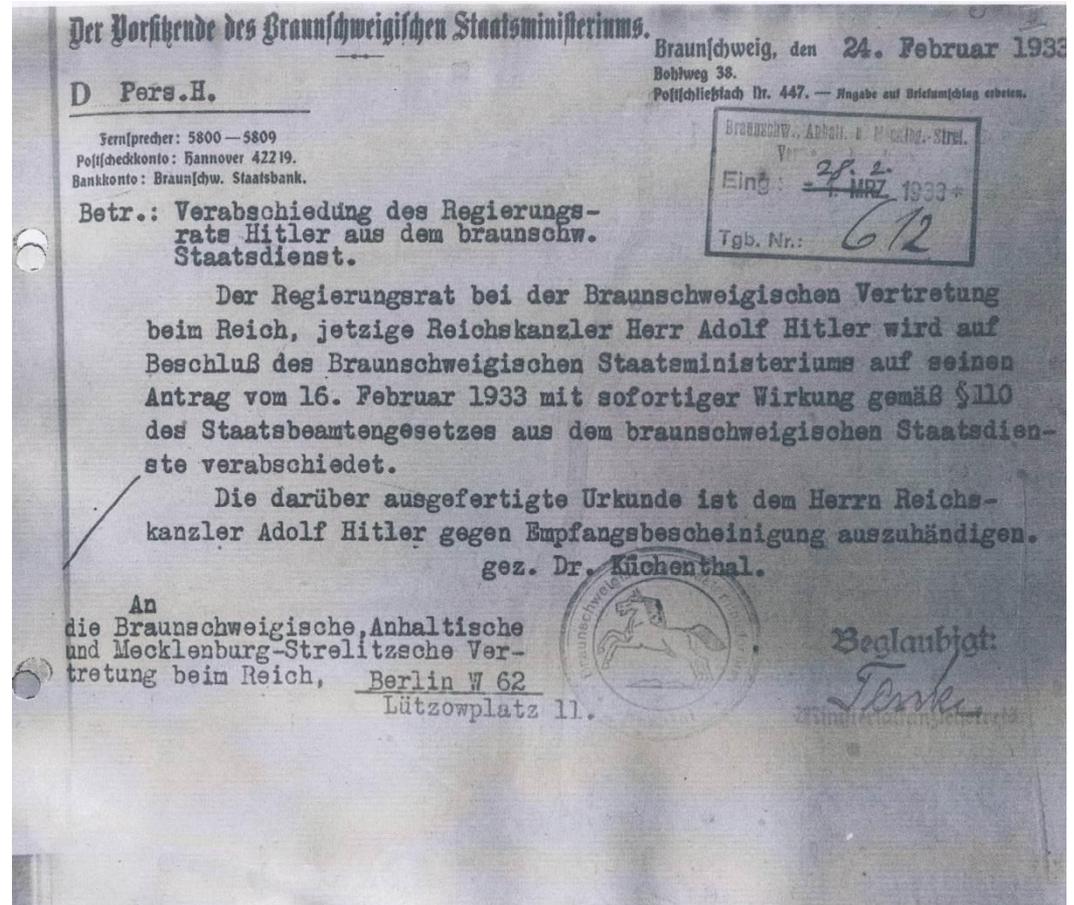
*Freymuth
F. Foden*

19.10.1932: 3. Urlaubsgesuch Hitlers. Diesem wurde nur noch unter Fortfall der Bezüge entsprochen

Hitler als Regierungsrat 1932 - 1933

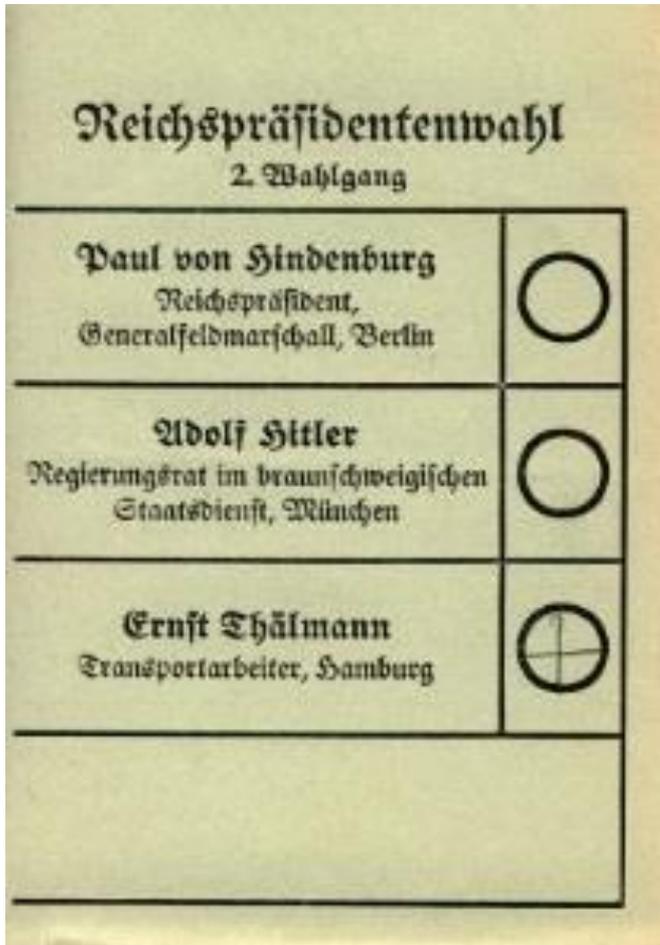


16.2.1933: Entlassungsgesuch Hitlers als Reichskanzler



24.2.1933: Entlassung Hitlers aus dem braunschweigischen Staatsdienst

Der Aufstieg der NSDAP



Stimmzettel es Thälmann-Wählers

Kandidat (Partei)	1. Wahlgang (13. März 1932)		2. Wahlgang (10. April 1932)	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
Paul von Hindenburg (Weimarer Koalition)	18.651.497	49,6 %	19.359.983	53,1 %
Adolf Hitler (NSDAP)	11.339.446	30,2 %	13.418.517	36,7 %
Ernst Thälmann (KPD)	4.983.341	13,2 %	3.706.759	10,1 %
Theodor Duesterberg (Stahlhelm)	2.557.729	6,8 %	-	-
Gustav A. Winter (Inflationsgeschädigte)	111.423	0,3 %	-	-
Sonstige	4.881	0,0 %	5.472	0,0 %
Wahlberechtigte	43.949.681	100,0 %	44.063.958	100,0 %
Abgegebene Stimmen	37.890.451	86,2 %	36.771.787	83,5 %
Gültige Stimmen	37.648.317	99,4 %	36.490.761	99,2 %
Ungültige Stimmen	242.134	0,6 %	281.016	0,8 %

Der Aufstieg der NSDAP

Ohne Verbeamtung keine Einbürgerung in Braunschweig

Ohne braunschweiger Einbürgerung keine deutsche Staatsbürgerschaft

Ohne deutsche Staatsbürgerschaft keine Kandidatur

Ohne drohende Kandidatur Hitlers keine Kandidatur des altersmüden Hindenburg

Ohne Kandidatur Hindenburgs und Hitlers mögliche Sammelkandidatur der Weimarer Koalition und weitere Stützung Brüning

Ohne Kandidatur Hitlers nicht die verquere Gefechtslage mit drei Kandidaten der Rechten gegen Thälmann

Ohne Kandidatur Hitlers nicht der Propagandaerfolg der 2 Wahlgänge

Ohne den Propagandaerfolg nicht der dramatische Stimmenzuwachs der NSDAP in den 15 Wahlen des Jahres 1932

Ohne den Stimmenzuwachs des Jahres 1932 weniger Druck, Hitler an der Regierung zu beteiligen

Ohne den Sturz Brüning durch den wiedergewählten Hindenburg mehr Zeit, das Abflauen der Wirtschaftskrise und den Erfolg der Reparationsverhandlungen abzuwarten

Ohne Hindenburgs Wiederwahl (mit den Stimmen von SPD und Zentrum) keine Ernennung Hitlers zum Reichskanzler

Ohne Einbürgerung keine Bezüge für den Reichskanzler Hitler!

Der Aufstieg der NSDAP

Die Gleichschaltung des Landtags



14.3.1933: Letzte Sitzung des alten Landtags nach der „Machtergreifung“ ohne die parlamentarische Linke

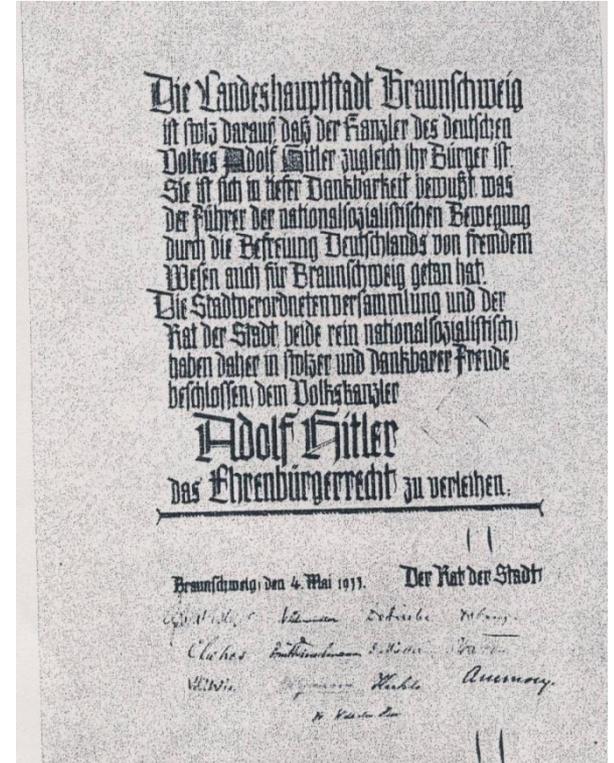


Landtagspräsident Zörner vor dem Landtagsgebäude

Der Aufstieg der NSDAP



1.5.1933: Der schwärzeste Tag in der Geschichte der TU Braunschweig



4.5.1933: Vom Eingebürgerten zum Ehrenbürger

Hitler schlichtet die Braunschweiger Machtkämpfe

I. München, den 14. Nov. 1933.
1135 Sch/R.

Eröffnungs-Beschluss:

Herrn
Pg. Ernst Zörner, Oberbürgermeister,
Reichstags-Vizepräsident,
Dresden.

I. Auf Antrag des Pg. Klages, Ministerpräsident in Braunschweig, wird

- 1.) gegen Sie,
- 2.) Pg. Selle, Braunschweig,
- 3.) Pg. Leffler, Adjutant beim Stabsführer des Sicherheitsdienstes, München,
- 4.) Pg. Klare, Truppführer, Leiter des S. Dienstes, Braunschweig,
- 5.) Pg. Gille, S.S.-Sturmführer, Braunschweig,
- 6.) Pg. Hans, S.S.-Standartenführer.

das Verfahren vor dem USCHA R.L. eröffnet, wegen Verstoßes gegen § 4, Abs. 2 b der Satzung des N.S.D.A.V.e.V.

II. Termin zu der in Hannover stattfindenden Hauptverhandlung wird gesondert bestimmt.

III. Mit der Sache Klages ././ Zörner u. Gen. werden die Sachen Dr. Heese ././ Zörner und Zörner ././ Dr. Heese wegen Beleidigung, Klages ././ Zörner und Zörner gegen sich selbst wegen Unterschlagung (missbräuchliche Verfügung über den Verfügungsfonds des Landtags-Präsidenten) verbunden.



14.11.1933: Klages beschuldigt Zörner u.a. vor dem NS-Parteigericht

1940-1944: Zörner als Gouverneur des Distrikts Lublin im Generalgouvernement, nachdem er 1933 bis 1938 als Dresdener Oberbürgermeister abgefunden wurde

Hitler schlichtet die Braunschweiger Machtkämpfe

85
Auf Beschluß des Braunschweigischen Staatsministeriums wird Ihnen eröffnet;

Sie werden unter Berufung in das Beamtenverhältnis mit dem Tage Ihres Ausscheidens aus dem Reichsdienste zum

Staatsbankpräsidenten

- Besoldungsgruppe B 1 - ernannt.

Es wird Ihnen hiermit zugesichert, daß Ihre ruhegehaltstfähige Dienstzeit so festgesetzt werden wird, als wenn Sie als Reichsbeamter in den Ruhestand versetzt wären. Soweit die für die Berechnung Ihrer ruhegehaltstfähigen Dienstzeit maßgebenden Braunschweigischen Gesetzesbestimmungen günstiger sind, finden diese Anwendung.

Braunschweig, den 24. März 1933.

Das Braunschweigische Staatsministerium.

W. Küchenthal *W. Klagges*

An
Herrn Oberregierungsrat, derzeitigen
Braunschweigischen Minister
Dr. jur. Werner Küchenthal,
Braunschweig.

24.3.1932: Küchenthal wird abgelöst und von Küchenthal und Klagges als Staatsbankpräsident abgefunden

Der Braunschweigische Minister für Volksbildung.

Nr. V I 553/32.

Telefon: 5800-5809.
Postcheckkonto: Hannover 42219.
Bankkonto: Braunschw. Staatsbank.

1101
Braunschweig, den 10. Juni 1932.

Bohlweg 38.
Postfach Nr. 447.

Angabe auf Briefumschlag erbeten.
Braunschweig
Eing: 13
B-Nr. 603/32

Das Braunschweigische Staatsministerium hat beschlossen, den außerordentlichen Professoren Dr. Roloff, Dr. Hoppe und Dr. Herwig mit sofortiger Wirkung je ein mit ihrer Person verknüpftes Ordinariat zu übertragen und ihnen die Amtsbezeichnung „ordentlicher Professor“ zu verleihen.

Die genannten Professoren erlangen damit alle Rechte, die nach der Verfassung der Technischen Hochschule in deren Verwaltung den ordentlichen Professoren zustehen. Eine Änderung ihrer Dienstbezüge ist damit nicht verbunden.

notig

gez. Klagges.

An
den Herrn Rektor der Technischen
Hochschule,

hier.



Englaubig:
W. Klagges

10.6.1932: Roloff wird von Klagges zum Ordinarius befördert

Hitler schlichtet die Braunschweiger Machtkämpfe

Beschluß

Das Braunschweigische Staatsministerium verhängt gegen den Staatsbankpräsidenten Dr. W. K ü c h e n t h a l , Braunschweigische Staatsbank, folgende Ordnungsstrafe:

Verweis und Geldstrafe von 300.-- RM.

Braunschweig, den *11.* Februar 1935.

Das Braunschweigische Staatsministerium.

Alpers

11.2.1935: Bestrafung
Küchenthals
durch Ministerpräsi-
den Klagges und
Finanzminister Alpers

Ernennungsurkunde! 400
123

Ich ernenne
den Staatsbankpräsidenten Dr. jur. Werner K ü c h e n t h a l
zum
Präsidenten der Braunschweigischen Staatsbank.

Ich vollziehe diese Urkunde in der Erwartung, daß der
Ernannte getreu seinem Diensteid seine Amtspflichten gewissen-
haft erfüllt und das Vertrauen rechtfertigt, das ihm durch
diese Ernennung bewiesen wird. Zugleich darf er des besonderen
Schutzes des Führers und Reichskanzlers sicher sein.

Begleitschreiben mit der Versicherung des persönlichen Schutzes durch Hitler

Im Namen
des
Deutschen Volkes
verleihe ich

dem Staatsbankpräsidenten
Dr. jur. Werner K ü c h e n t h a l
Braunschweig

als Anerkennung für 40jährige treue Dienste
das
goldene
Treudienst-Ehrenzeichen.

Berlin, den 30. März 1942

Der Führer und Reichskanzler

Hitler

30.3.1942: Verleihung des Treudienst-Ehrenzeichens

Die Modernisierung der Region Braunschweig während der NS-Zeit

„Ich habe dem Lande großen Nutzen gebracht“: Betrachtungen zu dieser Äußerung Hitlers vom Januar 1945 über seine Arbeit als braunschweigischer Regierungsrat 1932

von
Dieter Lent

Das Finale des Dritten Reiches im Jahre 1945 vor 65 Jahren, das als beispiellose „deutsche Katastrophe“ endete, wurde von den Beteiligten als „Tragödie“ (Churchill)¹, „Weltragödie“ (Truman und Hitler)², „Weltuntergang“ (Albert Speer)³ oder „Drama“ (Feldmarschall Keitel und Goebbels)⁴ bezeichnet. Bei Ausländern wurde die Erinnerung an den Untergang von Karthago wach.⁵ Von Hitlers Sekretär Martin Bormann ist der heroische Totenkampf der Nibelungen als Vorbild beschworen worden.⁶

Inmitten des Schreckensszenariums beim Beginn des allerletzten Aktes des Untergangs erinnerte sich Hitler am 27. Januar 1945 überraschenderweise und ziemlich unmotiviert an seine Tätigkeit als braunschweigischer Regierungsrat im Jahre 1932. Besonders an diesem Tage vervielfältigten sich verheerende militärische Katastrophen: die russischen Armeen standen vor Königsberg, vor Oberschlesien und kurz vor der Oder, auch hatten sie Ostpreußen vom Reich abgeschnitten. Ende Januar räsionierte Hitler in einer militärischen Lagebesprechung über die absurde Kriegslage: „Wir stehen auf Kreta und verlieren Königsberg“ (in Kreta stand noch deutsche Wehrmacht).⁷ Das Konzentrationslager Auschwitz wurde am 27. Januar befreit. Täglich starben im Jahr 1945 10000 deutsche Soldaten an den vielen Fronten.⁸ Der verlustreichste Monat des ganzen Krieges war der Januar 1945 mit rd. 450000 umgekommenen deutschen Soldaten!⁹ Am 28. Januar 1945 sind schon 3 ½ Millionen

1 Winston S. CHURCHILL: Der Zweite Weltkrieg, Bern 1960, S. 1088.

2 Harry S. TRUMAN: Memoiren. Bd. 1. Stuttgart 1955, S. 333. – Hifierräußerung: Die Tagebücher des Joseph Goebbels. Hrsg. v. Elke FRÖHLICH, Teil II, Bd. 15. München 1995, S. 274.

3 Joachim FEST: Die unbeantwortbaren Fragen. Notizen über die Gespräche mit Albert Speer zwischen Ende 1966 und 1981. Reimbek bei Hamburg 2005, S. 191.

4 Walter GÖRLITZ: Generalfeldmarschall Keitel: Verbrecher oder Offizier? Göttingen 1961, S. 341. – Heinrich FRAENKEL: Goebbels. Köln 1960, S. 331.

5 Joachim FEST: Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches, Berlin 2002, S. 193.

6 Jochen von LANG: Der Sekretär. Martin Bormann, Herrsching 1990, S. 339. – Bormanns Großvater ist 1830 in Schöningen geboren und war Arbeiter: s. ebd. S. 23ff.

7 Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht. Hrsg. v. Percy Ernst SCHRAMM. Bd. IV, 2. Halbband. Frankfurt/M. 1961, S. 1651ff.

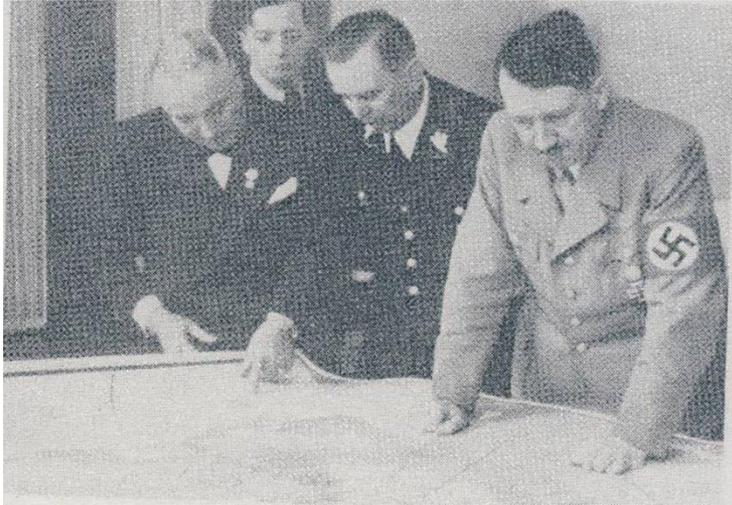
8 Rüdiger OERMANS: Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg, 3. Aufl., München 2004, S. 277.

9 Ebd., S. 239.



26.5.1938: Grundsteinlegung des VW-Werks

Die Modernisierung der Region Braunschweig während der NS-Zeit



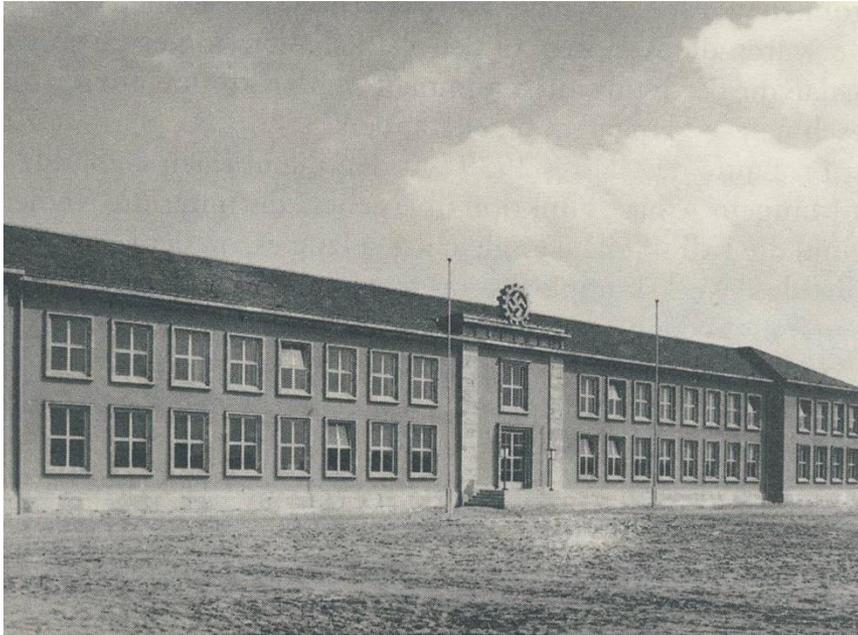
Ende 1937: Hitler genehmigt den Plan zur Gründung der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ und lehnt den Vorschlag von Robert Ley „Adolf Hitler-Stadt“ ab .

Informell wird der Name „Wolfsburg“, angelehnt an den Decknamen Hitlers aus der Kampfzeit „Wolf“ verwendet.



19.2.1938: Hitler inspiziert das Modell des VW-Werks

Die Modernisierung der Region Braunschweig während der NS-Zeit



VW- Vorwerk an der Hamburger Straße

Geheim!

1. Ziel: In die Dienstleistungs im Jahre bei 9 000
2. Ziel: In der Größe des Betriebes von 24.4.1938
3. Ziel: In der Größe des Betriebes von 24.4.1938

1938 **1941**

Vier Jahre
Hermann-Göring-Werke
Salzgitter

Original „Jubiläums-Ausgabe“
zur Entstehung einer ungewöhnlichen Wirtschaftsregion

MELCHIOR

Die Modernisierung der Region Braunschweig während der NS-Zeit

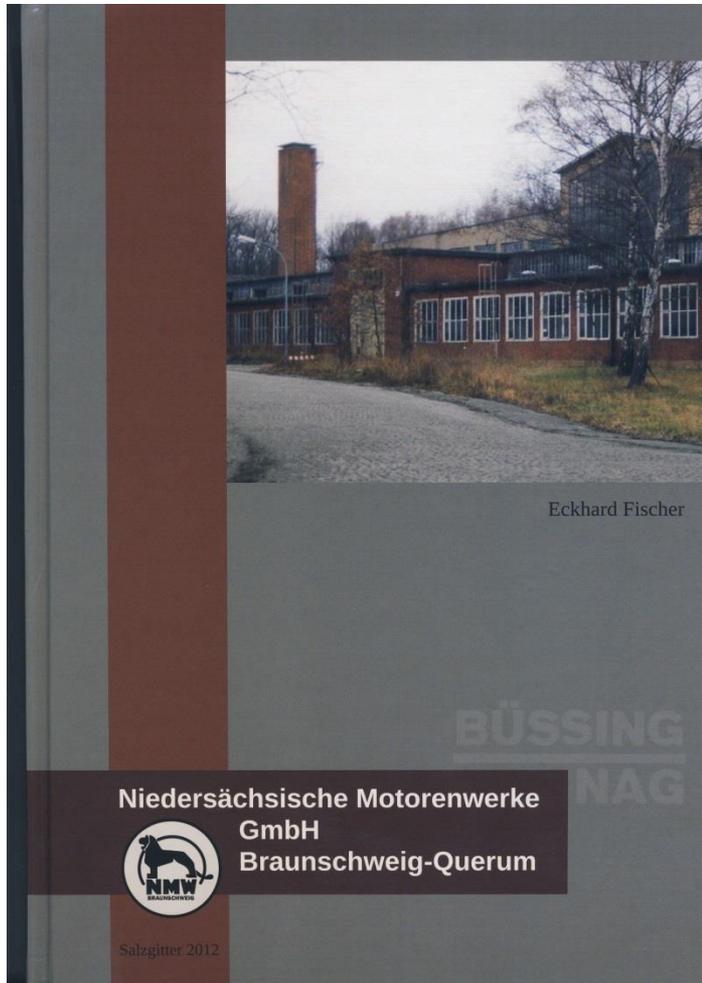


Göring inspiziert Bohrkern mit saurem Erz



Plan der „Stadt der Reichswerke“ .
„Hermann-Göring-Stadt“ wurde von Hitler verboten

Die Modernisierung der Region Braunschweig während der NS-Zeit



Gegründet 1935 zur Produktion von Flugzeugmotoren



Flughafen Waggum

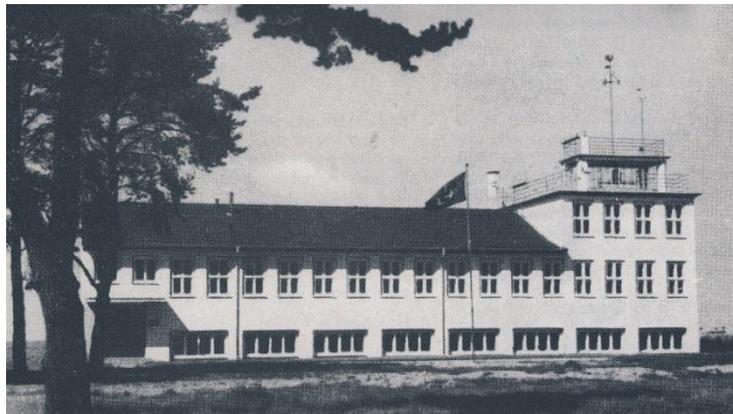
Die Modernisierung der Region Braunschweig während der NS-Zeit



Einweihung des ersten Luftfahrtlehrzentrums der TH 1938



Luftflottenkommando 2 ,1938

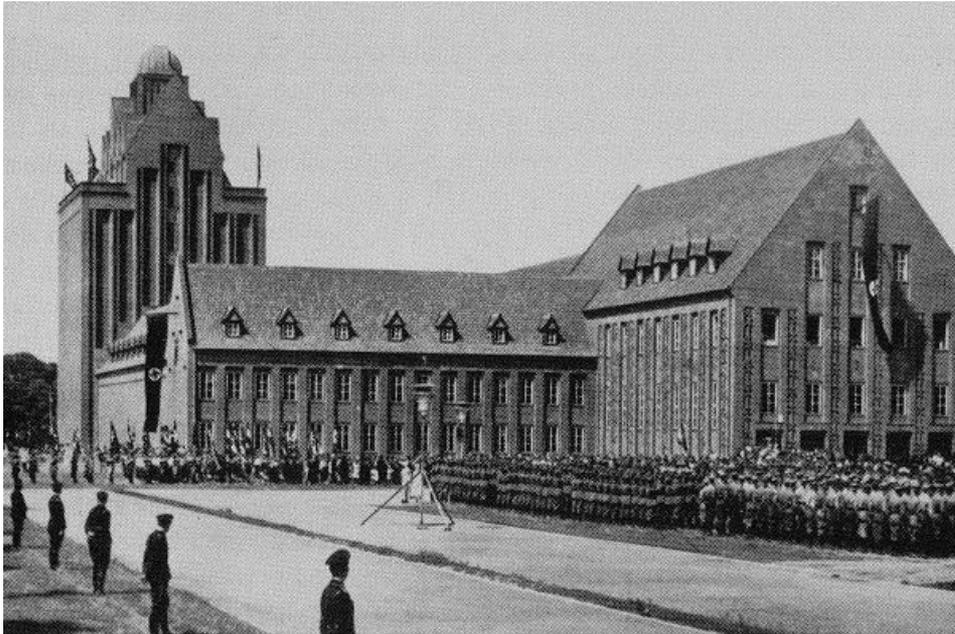


Institut für Luftfahrtmesstechnik und Flugmeterologie

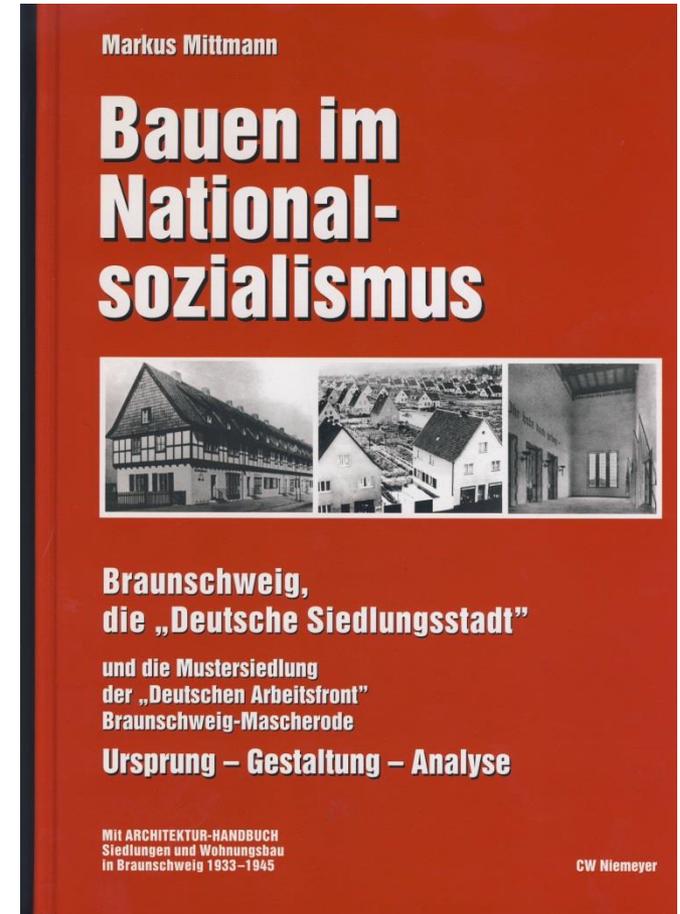


Villa d. Generals u. Kommandeurs d. Luftflottenkommandos Hellmuth Felmy

Die Modernisierung der Region Braunschweig während der NS-Zeit



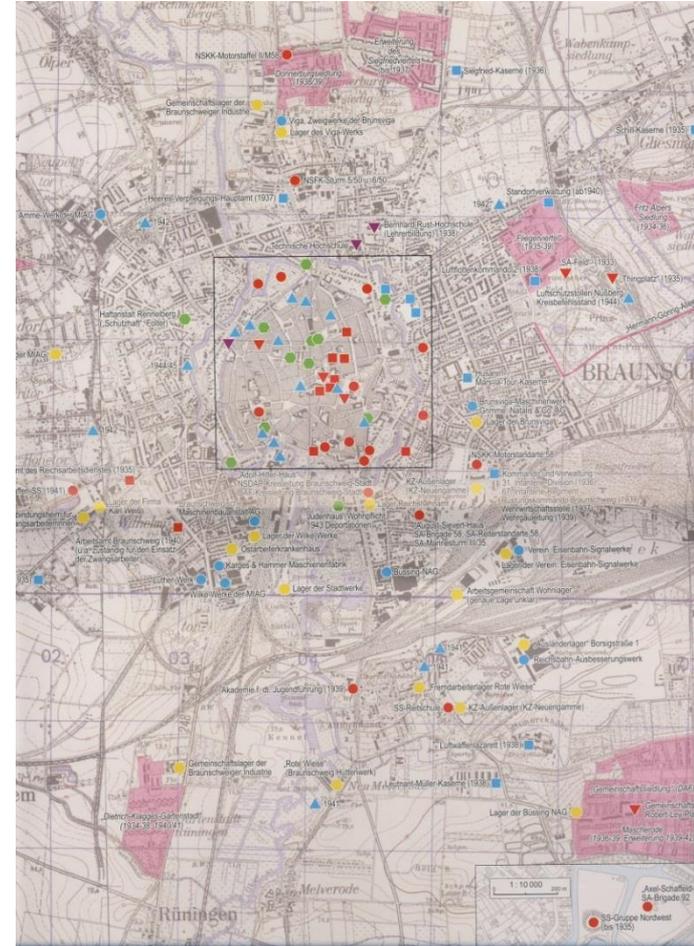
23.5.1937: Einweihung der Bernhard-Rust-Hochschule, benannt nach dem Gauleiter von Südhannover-Braunschweig und Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung



Die Modernisierung der Region Braunschweig während der NS-Zeit

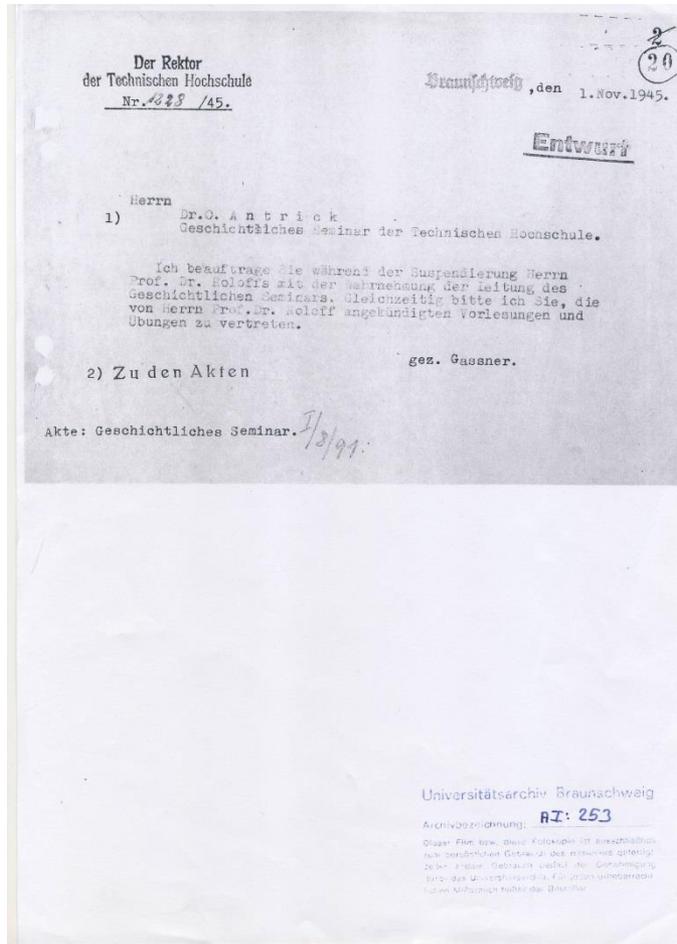


17.7.1935: Hitler inspiziert die Mustersiedlung Lehdorf

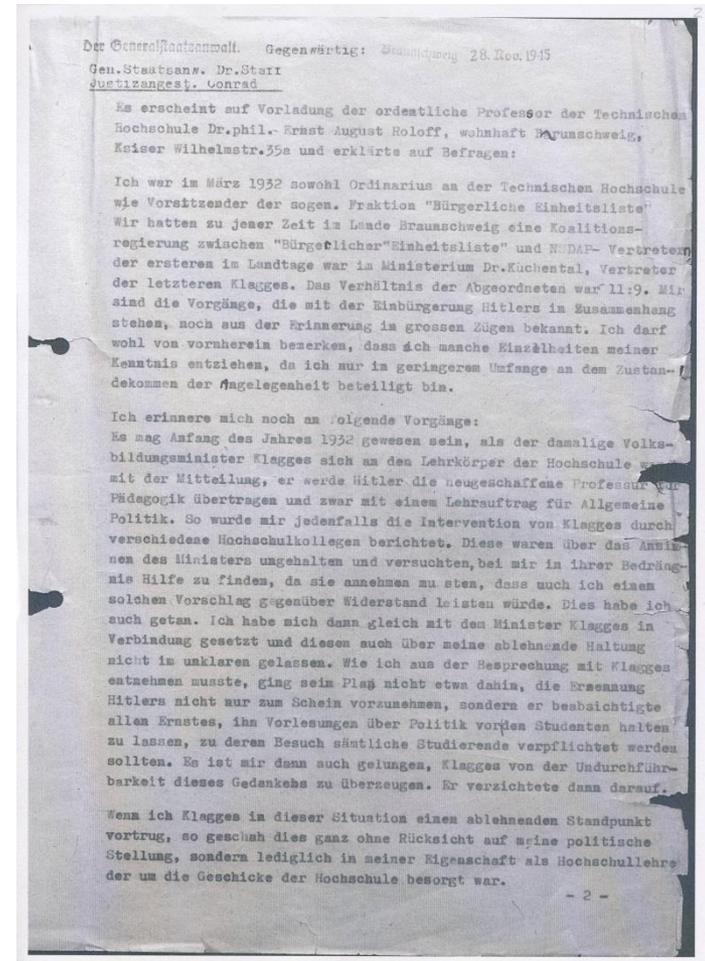


Deutscher Historischer Städteatlas,
Braunschweig im Nationalsozialismus (Entwurf Ludewig)

Entnazifizierungsverfahren und politische Aufarbeitung



1.11.1945: Suspendierung Roloffs



28.11.1945: Vernehmung Roloffs durch Generalstaatsanwalt Staff
61 Nds. Fb.1 Nr. 1 Zg.13/1993

Entnazifizierungsverfahren und politische Aufarbeitung

Albert Brandes
Braunschweig
Schunterstrasse 57

Braunschweig, den 22. II. 1947

An
den Denazifikations-
ausschuss
für die Justiz
in Braunschweig, Kl. Burg

5/10/5
10 Ammann

Gegen den mir heute zugewandenen Entlassungsbescheid der Militärregierung lege ich hiermit Berufung ein.

Begründung.

Der Entlassungsbescheid bezeichnet mich als eifrigem Nationalsozialisten, was aus meinem Schreiben an den Kreisleiter (richtiger Reichsstatthalter in Dessau) vom 16.12.34 ersichtlich sei und geht von der Annahme aus, daß ich auf Grund meiner politischen Tätigkeit eine Persönlichkeit sei, von der angenommen werden kann, daß ich die undemokratische Tradition fortsetzen werde.

Mitgliedschaft zu politischen Organisationen.

Ich bemerke zunächst, daß ich niemals neminelles Mitglied der NSDAP. gewesen bin, niemals in irgend einem Amte dieser Partei tätig war, niemals an einer nationalsozialistischen Versammlung teilgenommen habe und Adolf Hitler niemals gesehen habe (außer im Film). Ich war bis zur erzwungenen Auflösung der Parteien im Jahre 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei und von 1920 bis 1933 Abgeordneter im Braunschw. Landtage.

Maßregelung durch die NSDAP.

In meinem obengenannten Schreiben an den Reichsstatthalter habe ich mich gewehrt gegen eine Verfügung des nat. sen. Ministeriums (Justizminister Alpers), nach der ich auf Grund des sog. Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus meiner Dienststellung als geschäftsleitender Beamter des Landgerichts entfernt wurde. Ich war außerdem, weil ich angeblich versucht hätte, die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig heimlich aufrechtzuerhalten, mit einer Geld-

22.2.1947: Berufung von Brandes gegen den Bescheid der Militärregierung

HEIMBS & SOHN
INHABER: KARL HEIMBS · ERNST HEIMBS ·
KAFFEE-GROSSRÖSTEREI
BRAUNSCHWEIG, STEINWEG 34-36

FERNSPRECHER 5564-5566
POSTSCHECKKONTO - HANN. 41543
TELEGRAMMADRESSE „HEIMBS KAFFEE“



GEGRÜNDET 1880

-20b- BRAUNSCHWEIG, DEN 28.2.47.
Am Fallerslebentore 6

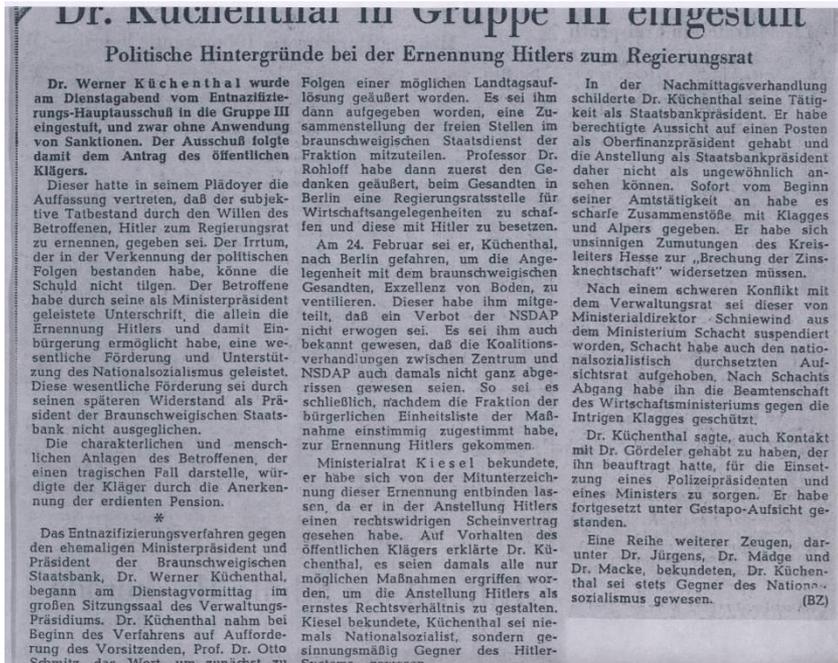
Erklärung zur Suspendierung des
Herrn Albert Brandes, hier.

Mit Herrn Albert Brandes, hier, Schunterstr. 57, verbindet sich seit der Zeit vor dem 1. Weltkriege eine politische Freundschaft. Herr Brandes war gleich mir Mitglied der national-liberalen Partei, nach dem Kriege Mitbegründer der Deutschen Volkspartei und wurde nach dem Tode des unvergessenen, bedeutenden Ministers Kaiser Führer der Deutschen Volkspartei des Landes Braunschweig.

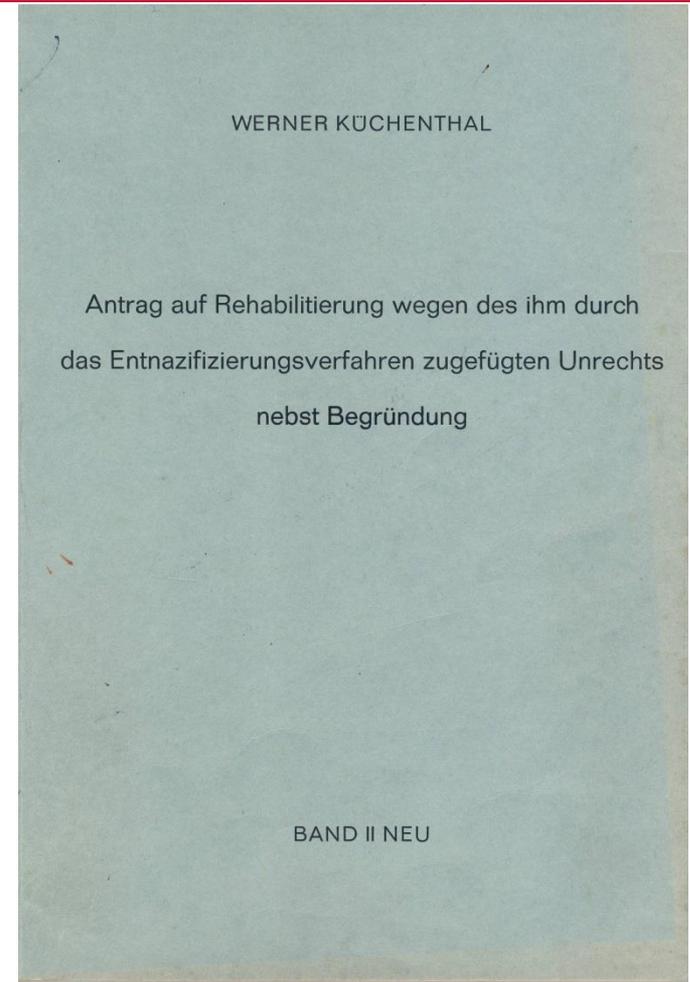
Durch seine außerordentliche Sachlichkeit und aufrechte Persönlichkeit erwarb sich Herr Brandes die allgemeine Freundschaft und Achtung nicht nur seiner Anhänger sondern auch die Achtung seiner politi-

28.2.1947: Erklärung von Carl Heimbs zur Suspendierung Albert Brandes, eingestuft in Kategorie IV.

Entnazifizierungsverfahren und politische Aufarbeitung



28.9.1949: Bericht der Braunschweiger Zeitung zur Eingruppierung von Küchenthal in Kategorie III.



Selbstverlag 1973

Entnazifizierungsverfahren und politische Aufarbeitung

63

Öffentliche Sitzung des Spruchgerichts I. Spruchkammer (I) 5 Sp.Ls.25/49

Bielefeld, den 5. Juli 1949

Gegenwärtig: Landgerichtsdirektor Dr. Heltge als Vorsitzender, Öfff. Fabrikant Walter Schulze, Herford, Öfff. Malermeister Henry Stein, Herford, als Beisitzer, 1. Staatsanwalt Gürtler 2. Staatsanwalt Dieckmann als öffentliche Ankläger, Justizangestellter Weber als Urkundsbeamt der Geschäftsstelle. Vorarbeiter Karl Schnatwinkel als Ergänzungsbeamte.

Spruchgerichtsverfahren gegen den ehemaligen SS-Obergruppenführer und Ministerpräsidenten von Braunschweig Dietrich Klages, geboren am 1.2.1891 in Herringsen, Kreis Soest, sgl., verh., wohnhaft in Büntheim bei Bad Harzburg, zur Zeit in Haft, wegen Zugehörigkeit zur SS.

Beim Aufruf der Sache erschien der Angeklagte, vorgeführt aus der Untersuchungshaft.

Als Verteidiger meldete sich Rechtsanwalt Dr. Rössler aus Bielefeld.

5.7.1949: Eröffnung des Spruchgerichtsverfahrens gegen Klages

Seite 20 BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

NAZIS wollten Hitler 1932 zum Professor machen

Studientrat Dr. Roloffs Versuch, die Hintergründe des Hochschulkonfliktes in Braunschweig aufzudecken

Ein Wortwechsel zwischen einem bulgarischen Studenten und einer deutschen Studentin im Studentenhaus der Braunschweiger Technischen Hochschule am Fallersleber-Tor-Wall löste am 5. November 1931 eine Lawine aus, die akademische Freiheit — Die Braunschweiger Hochschulkonflikte 1931/32 in einer historischen Arbeit zusammenfassend darstellte. Die folgende Schilderung stützt sich auf die von Dr. Roloff in einer Veranstaltung des „Gesamtverbandes Braunschweiger Lehrer“ zum ersten Male öffentlich vorgelegenen Forschungsergebnisse. Roloffs Versuch einer geschichtlichen Darstellung basiert ausschließlich auf amtlich niedergelegtem Quellenmaterial, auf Zeitungsausschnitten, Spruchkammerakten und Parteiarchieve. Wie erste Kritik schon bewies, bleibt es deshalb sicherlich nicht aus, daß sich noch lebende Beteiligte der Vorgänge mit ergänzenden oder berichtigenden Schilderungen zu Wort melden werden.

Am 14. September 1930 versetzten die Reichsregierung bei der Bevölkerung in Mitleid zu bringen, wies Hitler den Braunschweiger NS-Minister Franzen an, die ohnehin wenig populären Brüning'schen Notverordnungen in Braunschweig härter als sonst irgendwo anzuwenden. Franzen erwies sich allerdings nicht als der richtige Mann für diese zweifelhafte Politik der NS-Reichsleitung. Er ging die Reichsregierung bei der Bevölkerung in Mitleid zu bringen, wies Hitler den Braunschweiger NS-Minister Franzen an, die ohnehin wenig populären Brüning'schen Notverordnungen in Braunschweig härter als sonst irgendwo anzuwenden. Franzen erwies sich allerdings nicht als der richtige Mann für diese zweifelhafte Politik der NS-Reichsleitung. Er ging



EINE AUSEINANDERSETZUNG zwischen einem Studenten und einer Studentin schiedelte Nazi-Minister Klages für einen Angriff auf die akademische Freiheit aus. Das Bild zeigt Klages während des Prozesses im Jahre 1950.

Dann überstürzten sich die Ereignisse. Kuchenthal regierte zunächst allein, aber, was noch schlimmer für die Nazis war: die Fraktion des Bürgerblocks (Einheitsliste) beschloß, auch künftig ohne die Nationalsozialisten zu

die Polizei gefügig gemacht hatte, das bestehende Unzugsverbot aufgehoben und dadurch die „Harzburger Front“ und die anschließende SA- und SS-Parade vor Hitler in Braunschweig ermöglicht hatte, machte er sich als Volksbildungsminister an weitere „Aufräumungsarbeiten“ in der TH und die Erfüllung der Versprechungen der Regierungserklärung aus dem September 1930. Nichts kam ihm dabei gelegener als der Wortwechsel zwischen dem bulgarischen Studenten Stojanoff und der deutschen Studentin im Studentenhaus am Fallersleber-Tor-Wall.

Über angebliche Beleidigungen durch den Bulgaren aufgebracht, beschwerte sich die Studentin bei dem Braunschweiger Vorsitzenden des Nationalsozialistischen Studentenbundes, dem „Machinenaustudenten“ Axel Schaffel (Schaffel wurde später bei einer politischen Rauferei erschossen). Schaffel stellte Stojanoff zur Rede, wobei der Ausländer, der Nazi-Studenten angeblich als „Saubocher“ titulierte. Die Lawine begann zu rollen. Schaffel — in seiner deutschen Ehre angegriffen — beschwerte sich bei dem TH-Rektor Schmitz, der gemein-

Klagges verfußt die Ausweisung des E

Klagges Stunde zu einer Machtprobe, die akademische Freiheit zu beschneiden war gekommen. Über den Kopf von Rektor und Senat hinweg ließ er den Bulgaren durch die Polizei zuweisen. Lancers von Schaffel und seinem Parteifreund Gille schien ohnedrinn Ende Januar 1932 im „Volksrecht“ Beschützer ein schließliche zweite Akt des Hochschulkonfliktes war nur kurz im November 1932 lag eines Tages vor einer Gelangenen-Ehrenratel ein Kranz mit dem Emblemen der NSDAP. Angesichts des kurz zuvor von der Direktorenkonferenz gefaßten Beschlusses gegen die Politisierung des akademischen Lebens, ließ der damalige Rektor Gähner den Kranz wegnehmen. Obgleich sich zunächst NSDAP-Studenten beim Rektor entschuldigten, blieb eine Reaktion auf Gähners eindeutige Haltung nicht aus.

11.2.1960: Braunschweiger Zeitung berichtet über den Vortrag von Roloff jun. zum Braunschweiger Hochschulkonflikt

Entnazifizierungsverfahren und politische Aufarbeitung

DEUTSCHLAND

ZEITGESCHICHTE
EINBÜRGERUNG
Professor Hitler

Der Brauereibosse-Masse im Berliner Sportpalast runter, und der kleine Paul Joseph Goebbels strahlte. Er hatte seinen Scharen soeben — am 22. Februar 1932 — die frohe Botschaft übermitteln, der Führer werde bei der bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten als Kandidat der Nationalsozialisten auftreten. Goebbels: „Das Gewölle droht zu brechen ... Die Menschen lachen und weinen durcheinander.“

Der Taumel-Stuk im Sportpalast — später regelmäßig inszeniert, aber 1932 noch ein Ereignis — fiel darauf heftig aus, weil der höchste Hakenkreuzler die Geduld seiner Gefolgsleute auf eine harte Probe gestellt hatte. Erst wenige Tage vor Listenschluß und drei Wochen vor der Wahl von 19. März 1932 ließ Hitler seinen Entschluß zu kandidieren durch Goebbels ausposaunen.

Während man bislang glaubte, der große Führer habe so lange nachsinnen müssen, ob es wert sei, mit dem deutschen Weltkriegs-Denkmal Hindenburg und die Präsidentschaft zu ringeln, fand ein Amateur-Historiker jetzt eine näherliegende Erklärung für Hitlers Zögern: Der zugeratete Osterreicher, der deutsche Reichspräsident werden wollte, besaß noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, sondern müßte zunächst einmal eingebürgert — naturalisiert — werden. Erst dann konnte der Marsch in die Zukunft beginnen.

Der Braunschweiger Studienrat Dr. Ernst-August Roloff stellte aus den Privatpapieren seines Vaters, des deutschen nationalen Professors Roloff, eine — demnach erscheinende — Dokumentation über das braune Braunschweig und die Einbürgerung des Adolf Hitler zusammen*.

Da der NS-Mensch, als notorischer Revoluzzer verschrien, nicht darauf rechnen konnte, daß ein formeller Einbürgerungs-Antrag die notwendige Zustimmung der Länder — vor allem Bayerns, wo Hitler 1923 vergebens gesucht hatte — finden würde, blieb nur eine Chance: Der einstige Anstalts-Besitzer werden. Mit der Bestallungsurkunde konnte er automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen.

Allein im Land Braunschweig aber hatte sich 1932 ein Nationalsozialist in

weiter Orient-Geschäftsmann plädierte für einen einheitlichen Flächenzoll (etwa 30 Mark pro Quadratmeter), der die „Volks-Perser“ relativ stärker belastet als die hochwertigen Kapitalanlage-Objekte.

Jacoby und seine Verbandsfunktionäre glauben der Unterstützung des Bundeswirtschafts- und des Bundesfinanzministeriums sicher zu sein. In Bonn zogen vor allem zwei Argumente: Der Iran ist zur Zeit gegenüber Westdeutschland sta.: verschuldet, da das Land der Teppichknüpfer fast doppelt soviel Ware von Westdeutschland bezogen hat wie die Bundesrepublik dort einkaufte. Die Aussichten für einen bilateralen Zahlungsausgleich schwinden

immer mehr, je später der persische Teppich-Export in den EWG-Raum durch hohe Zölle gedrosselt wird.

Das zweite Argument ist Ost-West-pöhlischer Art. Seit der ersten Erhöhung des EWG-Außenzolls sind sowjetische Staatsbändler so kräftig in den persische Teppich-Geschäft eingestiegen, daß sie in diesem Jahr mit ihrer Einfuhrquote die westdeutschen Teppich-Importeure ausstechen werden. Die sowjetische Begünstigung des persischen Exports, so behaupten die westdeutschen Teppich-Politiker, könnte Moskaus Einfluß in Teheran erheblich stärken.

* Hindeburg war 1925 zum Reichspräsidenten gewählt worden. 1932 ließ er sich wieder ausstellen und wurde von der SPD, dem Zentrum und der Demokratischen Partei unterstützt.

** Ernst-August Roloff: „Bürgertum und Nationalsozialismus 1900 bis 1932 — Braunschweig Weg ins Dritte Reich“. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1981; 200 Seiten; 7,50 Mark.

DER SPIEGEL, Nr. 40/1961



REMY MARTIN

erzeugt nur eine Spitzen-Qualität ... COGNAC FINE CHAMPAGNE V.S.O.P. ... nichts anderes!

REMY MARTIN

ist darum so hervorragend und überall gleichbleibend gut.

REMY MARTIN

worauf man selbst in Cognac mit Recht stolz ist.

REMY MARTIN

von Kennern bevorzugt seit dem Jahre 1724



REMY MARTIN

der Stolz von Cognac

HEIMBS & SOHN · BRAUNSCHWEIG
KAFFEE-GROSSROSTEREI · TEE-GROSSHANDLUNG
REBERING 30 · POSTSCHLISSFACH 107

Heimbs & Sohn
aerotherm geröstet

TAG: 28. September 1961
1/ha

Erklärung

Es mag wohl Anfang des Jahres 1932 gewesen sein, lt. "Spiegel" ist es Februar 1932 gewesen, als mein Schwager, der Landtagspräsident Zörner, mich anrief und sagte: "Carl, heute abend bin ich mit einer besonderen Persönlichkeit im Parkhotel gegen 10.00 Uhr. Ich möchte dich bitten, sei doch zu einer Aussprache bereit". Ich sagte zu und war pünktlich um 10.00 Uhr im Parkhotel, musste aber eine Stunde warten, so dass ich schon wieder fortgehen wollte, wie mein Schwager dann mit einem anderen Herrn zu mir kam. Der andere Herr wurde vorgestellt als Frank II, ein Name, der mir bis dahin kaum ein Begriff war. Ich hörte dann, dass Frank II in enger Verbindung zu Hitler stände.

Es wurde dann von meinem Schwager die Aussprache eröffnet und erwähnt, dass Frank II über meine politische Einstellung genauestens informiert sei. Er wusste, dass ich im Vorstände der DVP wäre, infolgedessen möchte er gern mit mir gesprochen haben. Es handelte sich um die Einbürgerung von Hitler. An mich wurde dann die Frage gestellt, wie ich und wie die Partei sich zur Einbürgerung von Hitler stellen könnte. Ich antwortete darauf: "Für mich wäre dies eine vollständig klare Angelegenheit. Ich wäre erstaunt, zu hören, dass Hitler nicht Bürger des Deutschen Reiches sei, denn ein Mann, der vier Jahre in der deutschen Armee gekämpft habe, der solle doch ohne weiteres das Recht auf Einbürgerung haben". Das wäre meine persönliche Ansicht und ich glaube auch, dass das die Ansicht der DVP sei. Ich wurde dann gebeten, die Sache doch dem Vorstände weiterzugeben, was ich auch versprochen und was ich auch am folgenden Tage gemacht habe.

- Blatt 2 -

Fernruf-Sammelnnummer 309 44 · Fernschreiber 0932 774 · Telegramm-Adresse: Heimbs&Sohn
Banken: Landeszentralbank · Deutsche Bank AG · Braunschweigische Staatsbank · Postbank Hannover 415 43

Der Spiegel Nr. 40/1961 berichtet über die Mitwirkung von Heimbs bei der Einbürgerung Hitlers 1932

28.9.1961: Erklärung von Heimbs zum Spiegel-Artikel als Handreichung für die Heimbs-Mitarbeiter

Ich danke Frederik Grösche für die Hilfe bei der Materialrecherche und die technische Unterstützung

und Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit!